



# VERGABEUNTERLAGEN

Ausschreibung

Öffentliche Ausschreibung(UVgO)

V-93-2026-LKH - Schülerbeförderungsleistungen im freigestellten Schülerverkehr zu Schulen in Helmstedt

AUFTRAGGEBER

Landkreis Helmstedt  
Schule, Kultur und Sport  
Südertor 6, 38350 Helmstedt

---

28.05.2026

# Inhaltsverzeichnis

Vergabeunterlagen .....	1
Projektinformation .....	1
Vertragsbedingungen/Formulare .....	3
V-93-2026-LKH_Leistungsbeschreibung .....	3
631_UVgO_Aufforderung_zur_Abgabe_eines_Angebots 24.07.2025 .....	12
UVgO_632_Bewerbungsbedingungen.pdf .....	16
633_UVgO_Angebotsschreiben_mit_Losen 1-5 .....	20
634 Besondere Vertragsbedingungen Dienstleistungen_VHB 2017 .....	22
Unbenannt .....	23
Anlage BVB 634 Nr. 9 .....	24
635_Zusaetzliche_Vertragsbedingungen_Liefer-Dienstleistungen .....	30
124_Eigenerklaerung_LD.pdf .....	31
Verzeichnis_Leistungen_anderer_Unternehmen-UVgO .....	33
Verzeichnis_Nachunternehmerleistungen-UVgO .....	34
20-05-Erklärung NTVergG Auftragnehmer .....	35
Erklärung zum NTVergG .....	35
(Tariftreue- und Mindestentgelterklärung Bau- und Dienstleistungen) .....	35
Datum, Unterschrift / Firmenstempel .....	36
20-06-Erklärung NTVergG Nachunternehmer .....	37
Erklärung für Nach- und Verleihunternehmen zum NTVergG .....	37
(Tariftreue- und Mindestentgelterklärung Bau- und Dienstleistungen) .....	37
Vergabeleitfaden_LK_HE 08.12.2025 .....	39
Eigenerklärung EU Sanktionspaket .....	51
Produkte/Leistungen .....	53
Eignungskriterien .....	58
Leistungskriterien .....	59
Anlagen .....	60

## INFORMATIONEN ZUR AUSSCHREIBUNG

Es ist beabsichtigt, die in anliegender Leistungsbeschreibung bezeichneten Leistungen im Namen und für Rechnung des unten angegebenen Auftraggebers zu vergeben. Einzelheiten ergeben sich aus den Vergabeunterlagen.

## INFORMATIONEN

### ALLGEMEIN

Auftragsnummer	V-93-2026-LKH
Maßnahme	
Auftragsbezeichnung	Schülerbeförderungsleistungen im freigestellten Schülerverkehr zu Schulen in Helmstedt
Auftragsbeschreibung	Schülerbeförderung (Sj 2026/27), Los 1: Wichernschule und Grundschule Lessingstraße Helmstedt, Los 2 und 3: Wichernschule Helmstedt, Los 4: Wichernschule und Gymnasium Julianum Helmstedt

### VERFAHREN

Auftraggeber	Landkreis Helmstedt
Auftraggebertyp	Öffentlicher Auftraggeber
Liefer-/Ausführungsort	38350Helmstedt
Leistungsart	Dienstleistung
Vergabeart	Öffentliche Ausschreibung(UVgO)

### VERFAHRENSEIGENSCHAFTEN

Losweise Vergabe	Ja						
Art der losweisen Vergabe	Bieter kann für ein oder mehrere Lose anbieten						
Zuschlagskriterium	Niedrigster Preis						
Klassifizierungen	<table border="1"> <thead> <tr> <th>Code</th><th>Bezeichnung</th></tr> </thead> <tbody> <tr> <td>60100000-9</td><td>Straßentransport/-beförderung</td></tr> <tr> <td>60130000-8</td><td>Personensonderbeförderung (Straße)</td></tr> </tbody> </table>	Code	Bezeichnung	60100000-9	Straßentransport/-beförderung	60130000-8	Personensonderbeförderung (Straße)
Code	Bezeichnung						
60100000-9	Straßentransport/-beförderung						
60130000-8	Personensonderbeförderung (Straße)						

### ANGEBOTE

Nebenangebote	Nebenangebote sind nicht zugelassen
Nachlass	Ja
Skonto zugelassen	Nein
Skonto Zahlungsziel	Tag(e)
Verwendung elektronischer Mittel	Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen
URL für elektronische Angebote	<a href="https://root.deutsche-eve-rgabe.de">https://root.deutsche-eve-rgabe.de</a>
Zulässige Signaturen	Textform nach §126b BGB

### SONSTIGE ANGABEN

Vertragsart	< Keine Angabe >
Auf-/Abgebotsverfahren	Standard

## TERMINE

### ALLGEMEIN

Vorausgegangene Vorinformation	Nein
Besondere Dringlichkeit	Nein

### BEKANNTMACHUNG

Bekanntmachung
----------------

## ANGEBOTE UND BEWERTUNG

Frist Bieterfragen	08.06.2026 11:00
Eröffnungstermin (nur VOB)	
Angebotsfrist	16.06.2026 10:00:00
Bindefrist	16.07.2026
Versand Vorabinformation	

## AUFTRAGSDAUER

Beginn	13.08.2026
Ende	07.07.2027
Anmerkungen	

## ELEKTRONISCHE TEILNAHME

Bitte melden Sie sich auf der Bekanntmachungsplattform unter <https://root.deutsche-evergabe.de> mit Ihrem Benutzernamen und Ihrem Passwort an.

Sofern Sie im System noch nicht registriert sind, können Sie dies auf der Plattform vornehmen. Die Registrierung ist kostenfrei.

Anschließend können Sie auf der Startseite bspw. nach dem Titel des Verfahrens über die Direktsuche als Suchbegriff suchen. Folgen Sie anschließend der Anleitung im System, um an dem Verfahren teilzunehmen.

## BIETERFRAGEN

Bieterfragen müssen bis spätestens 08.06.2026 11:00 Uhr eingegangen sein.

Für später eingehende Fragen wird deren Beantwortung nicht zugesichert.

Bieterfragen müssen in der Bieterkommunikation des eVergabe-Bieterassistenten unter <https://root.deutsche-evergabe.de> gestellt und Antworten ebenfalls dort geprüft werden. Fragen auf anderen Kommunikationswegen, wie telefonische, schriftliche oder E-Mail Anfragen werden nicht beantwortet.

**Hinweis:** Antworten auf Bieterfragen werden unmittelbar nach deren Beantwortung auch per E-Mail zugestellt, dienen aber ausschließlich der Benachrichtigung über das Vorliegen von Antworten in der Bieterkommunikation. Anlagen, die Antworten beigefügt wurden, werden in der E-Mail Benachrichtigung nicht mitgesendet. Es müssen alle Antworten auf Bieterfragen in der Bieterkommunikation geprüft werden, da die Vollständigkeit der Antworten nur dort gewährleistet werden kann.

**P. S.** Bei Rückfragen zur Bedienung der Software können Sie sich gerne an den Support der Deutschen eVergabe wenden. E-Mail: [support@deutsche-evergabe.de](mailto:support@deutsche-evergabe.de) oder telefonisch unter +49 (0)611-949106-83.



## Leistungsbeschreibung

### 1. Auftragsgegenstand und Ausführungszeitraum

(1) Ausgeschrieben wird die Beförderung von **Schüler/innen mit Wohnsitz im Landkreis Helmstedt** von den in den Losen angegebenen Haltestellen (grundsätzlich den Wohnanschriften) zur Schule und zurück.

(2) Bei den durchzuführenden Beförderungen handelt es sich um Fahrten nach § 1 Nr.4 d der Verordnung über die Befreiung bestimmter Beförderungsfälle von den Vorschriften des Personenbeförderungsgesetzes (Freistellungs-VO).

(3) Die **Beförderungsleistung** erstreckt sich **an Schultagen** auf die Wochentage Montag bis Freitag. Während der Schulferien (s. RdErl. d. Nds. MK v. 18.11.2022 – Ferienordnung für die Schuljahre 2024/25 bis 2029/30), an gesetzlichen Feiertagen und bei Unterrichtsausfall findet keine Beförderung statt.

(4) Die **Auftragsvergabe** erfolgt durch den **Landkreis Helmstedt**, Geschäftsbereich Schule, Kultur und Sport, Schöninger Straße 9 in 38350 Helmstedt. Sie ist für den Zeitraum vom 13.08.2026 bis zum 07.07.2027 (Schuljahr 2026/2027) vorgesehen.

### 2. Aufteilung der Lose

Die Beförderungsleistungen werden in vier Lose aufgeteilt:

- **Los 1: Wichernschule Helmstedt** - Förderschule mit den Schwerpunkten Lernen und Sprache und Hauptschulzweig - und **Grundschule Lessingstraße Helmstedt** (Schüler/innen aus der Samtgemeinde Heeseberg, Stadt Schöningen, Stadt Helmstedt / Gebiet der ehem. Gemeinde Büddenstedt)
- **Los 2: Wichernschule Helmstedt** - Förderschule mit den Schwerpunkten Lernen und Sprache und Hauptschulzweig - (Schüler/innen aus der Gemeinde Lehre)
- **Los 3: Wichernschule Helmstedt** - Förderschule mit den Schwerpunkten Lernen und Sprache und Hauptschulzweig - (Schüler/innen aus der Stadt Königslutter, SG Nord-Elm, Stadtgebiet Helmstedt)
- **Los 4: Wichernschule Helmstedt** - Förderschule mit den Schwerpunkten Lernen und Sprache und Hauptschulzweig- und **Gymnasium Julianum Helmstedt** (Schüler/innen aus der SG Velpke, SG Grasleben, Stadt Helmstedt OT Emmerstedt/Barmke)

### 3. Rahmenvorgaben

(1) Der in den Losen aufgeführte Datenbestand gibt den Beförderungsbedarf mit Stand von April 2026 wieder, welcher der Grundinformation und der Kalkulationsmöglichkeit dient.

(2) In den Losen sind die Schülerinnen und Schüler zur Wahrung des Datenschutzes nicht namentlich aufgeführt. Es erscheinen jedoch der Wohnort, die Straße, die Klasse und evtl. Besonderheiten. Für die Kalkulation ist hilfsweise von einer Hausnummer in der Straßenmitte auszugehen.

(3) Es wird darauf hingewiesen, dass während der Vertragslaufzeit Änderungen bei der Anzahl der zu befördernden Personen, den Anschriften sowie den Unterrichtszeiten eintreten können. Veränderungen treten verstärkt zum Schuljahreswechsel auf. Personenbedingte Änderungen ergeben sich u.a. aus Wohnortwechsel, Einschulungen, Schulzugängen und Schulabgängen.

#### 4. Tourenplanung

Zur anzubietenden und zu erbringenden Leistung zählen neben der reinen Beförderung zum bzw. vor Schuljahresbeginn und auch während der laufenden Leistungserbringung mehrere **organisatorische Leistungen des Auftragnehmers**:

(1) Der Auftragnehmer macht sich vor Auftragsdurchführung ein Bild von der An- / Abfahrt-/Parksituation an der Schule und lässt sich die organisatorischen Abläufe von der jeweiligen Schulleitung erläutern. Der Auftraggeber ist hierüber zu informieren.

(2) Die Planung und Zusammenstellung der Touren obliegt grundsätzlich dem Auftragnehmer; es gibt kein vorgegebenes Programm zum Planen der Touren. Die Vorlage eines Tourenplans im Angebot ist nicht erforderlich. Der Auftraggeber behält sich jedoch vor, im Rahmen der Angebotsauswertung diese anzufordern.

(3) Grundsätzlich sind gemeinsame Hin- und Rückfahrten gemäß den gültigen Unterrichtszeiten/Stundenplänen und eine größtmögliche Auslastung der/s Fahrzeuge/s vorzusehen. Die maximalen Fahrzeiten (s. Nr. 5) sind zu berücksichtigen.

(4) Zu Beginn der Sommerferien stellt die Schule über den Auftraggeber dem Auftragnehmer die aktuellen Schülerdaten zur Verfügung. Dem Auftraggeber ist grundsätzlich spätestens zwei Wochen vor Beginn des neuen Schuljahres ein neuer Tourenplan anhand der aktuellen Schülerdaten vorzulegen. Hierbei ist stets eine möglichst effiziente Beförderung der Schülerinnen und Schüler sicherzustellen. Der endgültige Fahrplan wird spätestens drei Wochen nach Aufnahme der Beförderung festgelegt. Erhebt der Auftraggeber gegen die vorgelegten Pläne keine Einwände, so gilt der Tourenplan als genehmigt. Der Auftraggeber kann jedoch jederzeit Veränderungen (insbes. Optimierungen) an den Touren vorgeben.

Der Auftraggeber prüft die Tourenpläne hinsichtlich der gemeldeten zu befördernden Schülerinnen und Schüler, der Anzahl der eingesetzten Fahrzeuge und der Abfahrts- und Ankunftszeiten. Die Anzahl der eingesetzten Fahrzeuge bestimmt sich nach der Anzahl der Sitzplätze und der zu befördernden Schülerinnen und Schüler. Abweichungen von den Vorgaben zur wirtschaftlichen Routenführung (kürzeste Wegstrecke unter möglichst voller Ausnutzung der Fahrzeugkapazitäten unter Berücksichtigung der max. Beförderungszeiten) sind zu begründen und deren Notwendigkeit nachzuweisen.

(5) Die regulären **Unterrichtszeiten** (Änderungen bleiben vorbehalten) ergeben sich aus den Losbeschreibungen. Abweichende Zeiten, (z.B. Tage der Zeugnisausgabe, zusätzliche schulfreie Tage, Änderungen der Fahrtzeiten aufgrund von Schulveranstaltungen) werden dem Auftragnehmer vom Auftraggeber mitgeteilt.

(6) Unterjährige **Änderungen** in den Tourenverläufen sind grundsätzlich innerhalb von 5 Werktagen umzusetzen. Dem Auftraggeber ist eine aktualisierte Tourenplanung vorzulegen.

(7) **Weitere Fahrten bedürfen der vorherigen Genehmigung** durch den Auftraggeber. Die Kosten für nicht abgestimmte Fahrten werden nicht übernommen.

(8) Der Auftragnehmer ist nicht berechtigt, zusätzliche weitere Personen, die nicht zu den Beförderungsteilnehmern/innen gehören, zu befördern.

#### 5. Fahrt- und Abholzeiten

(1) Die **maximale Fahrzeit** (Abholen des 1. Schülers / der 1. Schülerin bis zur Ankunft an der Schule bzw. Abfahrt an der Schule bis zur Ankunft an der Wohnung des / der letzten zu befördernden Schülers / Schülerin) je Hin- und Rückfahrt beträgt für die jeweiligen Lose wie folgt:

<b>Los 1</b>	<b>60 Minuten</b>
<b>Los 2</b>	<b>75 Minuten</b>
<b>Los 3</b>	<b>60 Minuten</b>
<b>Los 4</b>	<b>60 Minuten</b>

(2) Die Ankunft an der Schule soll bei den **Losen 2 und 3** ca. 10 Minuten vor Unterrichtsbeginn erfolgen. Es ist sicherzustellen, dass der Unterricht stets pünktlich erreicht wird. Die Abfahrt soll spätestens 10 Minuten nach Unterrichtsschluss erfolgen.

Bei den **Losen 1 und 4** soll die Ankunft aufgrund der Anfahrt von zwei Schulen ca. 10 bis 15 Minuten vor Unterrichtsbeginn erfolgen. Es ist sicherzustellen, dass der Unterricht stets pünktlich erreicht wird. Die Abfahrt soll bei gemeinsamer Beförderung spätestens bis zu 15 Minuten, bei Einzelbeförderung bis zu 10 Minuten nach Unterrichtsschluss erfolgen.

(3) Bei zu früher Ankunft an der Schule liegt die Aufsichtspflicht für die Schülerinnen und Schüler beim Fahrpersonal.

(4) Der Auftragnehmer nimmt rechtzeitig vor Beförderungsbeginn zum Ende der Sommerferien mit den Erziehungsberechtigten Kontakt auf, um Abhol- und Ankunftszeiten mitzuteilen und etwaige individuelle Besonderheiten der Beförderung abzuklären. Es muss mit den Erziehungsberechtigten geregelt werden, wer im Verhinderungsfall der Erziehungsberechtigten den Schüler/die Schülerin in Empfang nehmen darf. Die Übergabe der Schüler/innen bei Antritt und Abschluss der Beförderung erfolgt grundsätzlich am Fahrzeug vor dem Wohngrundstück und nicht an der Haustür.

(5) Fahrtrouten sind grundsätzlich einzuhalten, soweit nicht die Verkehrslage oder z.B. die Erkrankung von Schüler/innen eine Veränderung erfordern.

(6) Sollte ein/e Schüler/in nicht rechtzeitig am vereinbarten Abholpunkt sein, beträgt die Wartezeit für den/die Fahrer/in 2 Minuten; danach geht die Beförderungspflicht auf die Erziehungsberechtigten über.

(7) Bei **Verspätungen** von mehr als 15 Minuten sind alle betroffenen Kontaktstellen (Erziehungsberechtigte, Schule) unverzüglich über die Verspätung zu unterrichten.

## 6. Fahrzeuge

(1) Die vom Auftragnehmer bereitzustellenden **Kraftfahrzeuge** dürfen nur in einem **betriebs- und verkehrssicheren Zustand** eingesetzt werden. Die Fahrzeuge haben während ihres Betriebes ständig den Bestimmungen der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften (u.a. Straßenverkehrsordnung - StVO, Straßenverkehrszulassungsordnung – StVZO, Verordnung über den Betrieb von Kraftunternehmen im Personenverkehr - BOKraft, Anforderungskatalog des Bundesministers für Verkehr für Kraftomnibusse und Kleinbusse, die zur Schülerbeförderung eingesetzt werden) in der jeweils gültigen Fassung sowie den Unfallverhütungsvorschriften zu entsprechen.

Insbesondere sind die nach § 29 StVZO in Verbindung mit Anlage VIII zur StVZO vorgeschriebenen Haupt-, Zwischen- und Bremsensonderuntersuchungen durchzuführen. Die Fahrzeuge sind entsprechend den jeweiligen Witterungsverhältnissen mit der erforderlichen Bereifung auszurüsten.

Festgestellte Mängel sind unverzüglich bis zum nächsten Einsatz zu beseitigen.

(2) Für die beim Betrieb des jeweiligen Fahrzeuges eintretenden **Schäden** (Personen- und Sachschäden) haftet der Auftragnehmer im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, gemäß dieser Bestimmungen für einen entsprechenden **Versicherungsschutz** zu sorgen.

(3) In den Fahrzeugen sind geeignete **Rückhalteeinrichtungen** gem. § 21 STVO in der jeweils gültigen Fassung für die Beförderung bereitzuhalten. Die Beschaffung von geeigneten Rückhalteeinrichtungen erfolgt durch den Auftragnehmer auf dessen Kosten. Der

Auftragnehmer ist für die Auswahl, die Verwahrung und die richtige Handhabung der Rückhalteeinrichtungen verantwortlich.

Die Beförderung ist nur unter Einhaltung der jeweils geltenden gesetzlichen Vorgaben an Kindersitze gestattet. Bei der Beförderung von Schülerinnen und Schülern, die das 12. Lebensjahr noch nicht vollendet haben oder kleiner als 150 cm sind, sind die vorgeschriebenen Rückhalteeinrichtungen gem. § 21 Abs. 1a StVO für die Beförderung zu benutzen.

(4) Die eingesetzten Fahrzeuge müssen über eine Funkausstattung verfügen oder über Mobiltelefon mit im Fahrzeug fest verbauter Freisprecheinrichtung erreichbar sein. In jedem Fahrzeug muss eine **Anschriftenliste** (inkl. Telefonnummern der Erziehungsberechtigten und der Schulen; evtl. Besonderheiten, die für die Beförderung des/der jeweiligen Schülers / Schülerin zu beachten sind; evtl. Ersatzperson, an die der/die Schüler/in übergeben werden darf) aller im Fahrzeug zu befördernden Personen vorhanden sein.

(5) Es erfolgt seitens des Auftraggebers keine Festlegung auf ein bestimmtes Fahrzeugfabrikat bzw. einen bestimmten Hersteller.

(6) Es ist dem Bieter grundsätzlich freigestellt, die Anzahl und Größe der eingesetzten Fahrzeuge selbst zu bestimmen, sofern keine Einschränkungen gemacht sind.

(7) Notwendige Hilfsmittel sowie für den Schulalltag benötigte Dinge sind mit zu befördern.

(8) Auftragnehmer und Fahrer/in sind dafür verantwortlich, dass das zulässige Fassungsvermögen der Fahrzeuge nicht überschritten wird (§ 34 a STVZO).

(9) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die für die Schülerbeförderung eingesetzten Fahrzeuge auf seine Kosten gemäß § 33 Abs. 4 BOKraft mit den vorgeschriebenen Schildern nach Anlage 4 der BOKraft zu kennzeichnen. Die Wirkung des Schildes darf durch andere Aufschriften oder Bildzeichen nicht beeinträchtigt werden. Bei anderen Fahrten darf das Schild nicht gezeigt werden.

(10) Die Fahrzeuge sind in einem sauberen Zustand einzusetzen. Im Innenraum ist Müll nach der jeweiligen Tour zu entsorgen.

(11) Es dürfen nur Fahrzeuge eingesetzt werden, in denen generell das Rauchen – auch außerhalb der für die Schülerbeförderung genutzten Zeiträume - verboten ist.

(12) Das Essen und Trinken in den Fahrzeugen, auch von mitgebrachten Speisen und Getränken, ist grundsätzlich untersagt. Dem Fahrpersonal ist es untersagt, den Schülerinnen und Schülern Nahrungsmittel jeglicher Art (auch Süßigkeiten, Getränke, Kaugummi) zu verabreichen.

(13) Während der Fahrt müssen Kindersicherungen an Türen ein Öffnen von innen ausschließen.

## 7. Fahrpersonal

(1) Wegen der besonderen Anforderungen an die Schülerbeförderung von z.T. beeinträchtigten Schülerinnen und Schülern darf seitens des Auftragnehmers nur besonders zuverlässiges Personal eingesetzt werden, das vorurteilsfrei und rücksichtsvoll mit den jeweiligen Schülerinnen und Schülern umgeht. Es ist eine Kontinuität in der Personaleinsatzplanung anzustreben. Personalwechsel sind –soweit zumutbar- zu vermeiden. Das zur Leistungserbringung eingesetzte Personal muss die deutsche Sprache beherrschen, damit eine reibungslose Kommunikation mit den Schülern / den Schülerinnen, Erziehungsberechtigten sowie den Schulen sichergestellt ist.

(2) Das Fahrpersonal hat Folgendes strikt einzuhalten, insbesondere

- a. stets langsam und jederzeit haltebereit an die Haltestellen heranzufahren,

- b. das Warnblinklicht einzuschalten, wenn er sich einer Haltestelle nähert,
- c. das Warnblinklicht eingeschaltet zu lassen, solange Schulkinder ein- oder aussteigen bzw. für den Schulalltag benötigte Dinge und notwendige Hilfsmittel ein- oder ausgeladen werden,
- d. erst abzufahren, wenn die Türen geschlossen sind, die Schülerinnen / Schüler ihre Plätze eingenommen haben, gesichert sind und eine Gefährdung von Schulkindern an der Haltestelle ausgeschlossen ist,
- e. die Türen auch in den Sommermonaten während der Fahrt geschlossen zu halten.

(3) Es darf grundsätzlich nur Fahrpersonal aus sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen eingesetzt werden. Diese Vorgabe ist auch als erfüllt anzusehen, wenn geringfügig Beschäftigte im Sinne des § 8 Abs. 1 Nr. 1 Sozialgesetzbuch Viertes Buch (SGB IV) eingesetzt werden.

(4) Die eingesetzten Fahrerinnen und Fahrer müssen seit mindestens 5 Jahren im Besitz einer für das genutzte Fahrzeug gültigen Fahrerlaubnis sein.

(5) Der Auftragnehmer hat sich von dem beschäftigten Personal, welches zur Auftragserfüllung eingesetzt wird, ein **eintragungsfreies erweitertes Führungszeugnis gem.**

**§ 30 a des Bundeszentralregistergesetzes** vorlegen zu lassen, das zum Zeitpunkt des Vertragsbeginns nicht älter als 6 Monate alt ist. Der Auftragnehmer hat vor Beförderungsaufnahme dem Auftraggeber hierüber auf Anforderung entsprechende Nachweise vorzulegen.

(6) Bestehen Zweifel an der Geeignetheit und/oder Zuverlässigkeit des eingesetzten Fahrpersonals, so ist der Auftragnehmer verpflichtet, das insoweit betroffene Personal bis zur endgültigen Klärung der Zweifel nicht mehr zur Erbringung von Schülerbeförderungsleistungen im Rahmen des Leistungsverhältnisses zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer einzusetzen.

Wenn Tatsachen vorliegen, die gegen die Eignung und/oder Zuverlässigkeit eines Fahrers / einer Fahrerin sprechen, darf der Auftragnehmer diese/n nicht mehr einsetzen.

(7) Das Fahrpersonal muss mit den örtlichen, personenbezogenen und technischen Besonderheiten der jeweiligen Tour vertraut sein. Es ist ein vorausschauendes und defensives Fahrverhalten angezeigt.

Zu den Aufgaben des Fahrpersonals gehören u.a. die Mithilfe beim Ein- und Ausstieg sowie das ordnungsgemäße Anbringen der Rückhalteeinrichtungen und der Sicherheitsgurte. Schulranzen, Sporttaschen, für den Schulalltag benötigte Dinge und notwendige Hilfsmittel sind durch das Personal sicher zu verstauen.

(8) Die Teilnahme des Fahrpersonals an einem Erste-Hilfe-Kurs bzw. Ersthelfer-Kurs wird vorausgesetzt. Dieser darf bei Auftragsbeginn (13.08.2026) nicht länger als zwei Jahre zurückliegen. Dies ist dem Auftraggeber auf Anforderung durch Vorlage einer Bescheinigung nachzuweisen.

(9) Der Auftragnehmer trägt Sorge dafür, dass das Personal für die Kommunikations- und Verhaltensregelungen sensibilisiert und diese mit dem Auftraggeber und den Einrichtungen bei Bedarf abgestimmt wird. Ebenso erfolgt seitens des Auftragnehmers eine Einweisung des Personals in Sicherungs- und Anschnalltechnik.

Der Auftragnehmer hat das Fahrpersonal zur erhöhten Vorsicht anzuhalten und auf die besonderen Gefahren und Eigenheiten, die sich bei der Schülerbeförderung ergeben, hinzuweisen.

(10) Der Auftragnehmer stellt sicher, dass das jeweilige Fahrpersonal gesundheitlich in der Lage ist, seinen Fahrdienst auszuführen. Insbesondere ist darauf zu achten, dass der/die Fahrer/in solange sie oder Angehörige ihrer häuslichen Gemeinschaft an einer übertragbaren Krankheit im Sinne des Infektionsschutzgesetzes leiden, die Fahrtätigkeit nicht ausüben dürfen. Insbesondere hat der Unternehmer die Regelungen des § 9 BOKraft einzuhalten.

Auf Verlangen des Auftraggebers hat der Auftragnehmer ärztliche Zeugnisse für das Fahrpersonal vorzulegen, die nachweisen, dass eine ansteckungsfähige Tuberkulose der Atmungsorgane nicht vorliegt.

(11) Der Auftraggeber kann verlangen, dass das Fahrpersonal sowie die Unternehmensführung einmal jährlich an einer max. halbtägigen Veranstaltung des Auftraggebers bzw. der jeweiligen Schule teilnehmen, in der für ihre Tätigkeit relevanten Informationen vermittelt werden.

## 8. Vertraulichkeit und Datenschutz

Der Auftragnehmer und das von ihm eingesetzte Personal verpflichten sich zur Geheimhaltung der ihnen in Ausführung des Vertrags bekannt gewordenen personenbezogenen Daten und Vorkommnisse. Dies gilt auch für die Zeit nach Beendigung des Vertragsverhältnisses. Personenbezogene Daten dürfen von dem Auftragnehmer nur im Umfang und in der Weise verarbeitet werden, wie es zur Erfüllung der ihm übertragenen Aufgaben erforderlich ist. Die datenschutzrechtlichen Bestimmungen sind einzuhalten.

Der Auftragnehmer setzt bei der Durchführung der Leistung nur Beschäftigte ein, die auf die Vertraulichkeit gemäß Art. 28 Abs. 3 S. 2 lit. b, 29, 32 Abs. 4 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) verpflichtet und zuvor mit den für sie relevanten Bestimmungen zum Datenschutz vertraut gemacht wurden. Auf die Vorschriften der §§ 59 und 60 des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes (NDSG) wird verwiesen.

## 9. Betriebsausfälle und Leistungsstörungen

(1) Bei **Betriebsausfällen** hat der Auftragnehmer auf eigene Kosten für Ersatzbeförderung zu sorgen. Sollte ihm dies nicht möglich sein, ist der Auftraggeber unverzüglich zu benachrichtigen. Der Auftraggeber ist in einem solchen Fall berechtigt, Dritte mit der Beförderung zu beauftragen. Dadurch entstehende Mehrkosten gehen zu Lasten des Auftragnehmers.

(2) Kommt der Auftragnehmer seiner **Beförderungspflicht nicht nach**, so ist der Auftraggeber berechtigt, die Beförderung der Schüler/-innen auf Kosten des Auftragnehmers durch Dritte durchführen zu lassen, wenn der Auftragnehmer trotz Aufforderung durch den Auftraggeber seiner Vertragspflicht nicht nachkommt. Der Auftragnehmer hat alles ihm Zumutbare zu unternehmen, um seine vertraglich geschuldete Beförderungspflicht zu erfüllen.

(3) Im Falle einer **Verzögerung** von mehr als 15 Minuten oder einer **Verhinderung** der Beförderung ist der Auftragnehmer verpflichtet, nach Feststellung des hindernden Umstandes unverzüglich die Schule sowie die Erziehungsberechtigten der noch zu befördernden Schüler/-innen zu benachrichtigen. Im Falle der Verhinderung der Beförderung ist auch der Auftraggeber unverzüglich unter Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

(4) Sämtliche besonderen Vorkommnisse sowie Unfälle sind umgehend dem Auftraggeber zu melden.

Im Notfall (z.B. bei einem Krampfanfall oder sonstigem medizinischen Notfall eines Fahrgastes) ist unverzüglich die Anforderung eines Notarztes bzw. des Rettungsdienstes sowie die Information an die Erziehungsberechtigten und die Schule zu veranlassen.

Bei Unfällen im Rahmen der Schülerbeförderung ist in jedem Fall die Polizei durch den Auftragnehmer zu benachrichtigen. Sofern sich ein/e Schüler/in verletzt hat, ist unverzüglich die Anforderung eines Notarztes bzw. des Rettungsdienstes sowie die Information an die Erziehungsberechtigten und die Schule zu veranlassen.

Alle während der Fahrt aufgetretenen besonderen Vorkommnisse, insbesondere gesundheitlicher oder emotionaler Art bei den Schülerinnen und Schülern (z.B. Anfälle, Verletzungen, gravierende Auseinandersetzungen, Schüler/innen, die die Sicherheit und Ordnung des Fahrbetriebs oder anderer Schüler/innen gefährden etc.) sind vom jeweiligen Fahrpersonal des Auftragnehmers sofort, spätestens unverzüglich nach Ende der Fahrt, der Fahrdienstleitung mitzuteilen, die dem Auftraggeber jederzeit berichts-fähig ist.

## **10. Umgang mit Beschwerden**

Grundsätzlich soll bei Beschwerden von Erziehungsberechtigten oder Schulen zunächst eine Klärung mit dem Auftragnehmer herbeigeführt werden. Kommt es dabei zu keiner Einigung/Verständigung, ist der Auftraggeber einzuschalten.

## **11. Kontrollrecht und Vertragsstrafen**

Der Auftraggeber ist jederzeit berechtigt, Kontrollen der in der Schülerbeförderung eingesetzten Fahrzeuge und des Personals durchzuführen. Die Situation des Ein- und Aussteigens vor den Schulen und an den Abholpunkten kann ebenfalls stichprobenartig und ohne Vorankündigung durch den Auftraggeber kontrolliert werden.

Verstößt der Auftragnehmer bei Ausübung der vertraglich vereinbarten Leistung schuldhaft und nachweislich (bei Überprüfung durch den Auftraggeber oder bei einer polizeilichen Kontrolle) gegen seine vertraglichen Pflichten, so kann der Auftraggeber eine Vertragsstrafe wie folgt festsetzen:

- a) bei Einsatz von nicht qualifiziertem oder nicht ausreichend geschultem Personal = 40 € je Einsatztag und Person
- b) geforderte Nachweise (z.B. Erw. Führungszeugnis, Nachweis Erste-Hilfe-Kurs bzw. Ersthelfer-Kurs) werden nicht vorgelegt = 40 € je Einsatztag und Person
- c) bei unzureichender Sicherung der Schüler/-innen mit geeigneten Rückhaltesystemen= 200 € je Fall
- d) Nichtbeachtung des Rauchverbotes in Fahrzeugen= 50 € je Fall
- e) Einsatz von Fahrzeugen, die nicht den gesetzl. Anforderungen oder den Anforderungen in der Leistungsbeschreibung entsprechen = 50 € je Einsatztag und Fahrzeug
- f) bei der privaten Nutzung eines Mobiltelefons während der Fahrt = 25 € je Fall
- g) Nichterreichbarkeit über Funk oder Mobiltelefon = 30 € je Fall
- h) bei Einsatz von Fahrpersonal, dessen Ausschluss berechtigt durch den Auftraggeber eingefordert wurde = 100 € je Einsatztag und Person

Des Weiteren können bei Nichteinreichung einer vom Auftragnehmer erbetenen Tourenplanung binnen 5 Tagen nach Aufforderung durch den Auftraggeber 50 € je Fall; zudem bis zur Einreichung der Tourenplanung für jeden weiteren Tag je weitere 20 € festgesetzt werden.

## 12. Angebotskalkulation, Vergütung und Preisanpassung

(1) Die Vergütung der Leistungen des Auftragnehmers erfolgt in allen Losen in Form eines **schultäglichen Pauschalentgelts**.

Bei **Mehr- oder Minderleistungen** aufgrund zusätzlicher Fahrten oder geänderter Routen z.B. wegen erhöhter oder verminderter Schüleranzahl bzw. anderer Wohnanschriften sowie Praktikumsfahrten o.ä. werden grundsätzlich die tatsächlich gefahrenen „Besetzt“-Kilometer anhand des „Besetzt“-Kilometerpreises berechnet.

Die für die Beförderung vorgesehenen Fahrzeugtypen sind auf dem jeweiligen Losblatt anzugeben.

(2) In den Angebotspreisen sind sämtliche preisbeeinflussenden Faktoren zu berücksichtigen. Hierzu zählen **sämtliche Fixkosten wie auch variable Kosten** (z.B. Steuern, Versicherungen, Benzinkosten, Personalkosten, etc.). Durch die vereinbarten Preise werden alle Leistungen abgegolten, die nach der Leistungs- und Losbeschreibung zur vertraglichen Leistung gehören. Bereits beschlossene Preissteigerungen wie z.B. die Erhöhung des Mindestlohns zum 01.01.2027 sind bereits bei der Angebotsabgabe mit einzukalkulieren und führen nicht zu einer nachträglichen Preisanpassung.

(3) Es ist darauf zu achten, dass bei der Berechnung des Beförderungsentgelts auch die Kosten für **notwendige Anfahrten oder Leerfahrten** zu berücksichtigen und einzupreisen sind. In den jeweiligen Losen werden die Wohnorte der zu befördernden Schülerinnen und Schüler zum Teil gebietsmäßig eingegrenzt. Dies ist bei der Ermittlung der Kosten für die Anfahrten ebenfalls zu berücksichtigen.

(4) **Längerfristig vorhersehbare Veränderungen/Ausfälle** wie geplante Klinikaufenthalte oder Klassenfahrten werden ab dem 1. Tag abrechnungsrelevant. Sonstige Leistungsänderungen (z.B. neue/r Schüler/in in dem Los, geänderte Unterrichtszeit), die eine Änderung der Touren erforderlich machen, werden ebenfalls ab dem ersten Tag, an dem sie umgesetzt werden, abrechnungsrelevant. Ausnahmen bilden beispielsweise Veränderungen der Tourenplanungen an den Zeugnistagen. Diese Tage können wie die vorhergehenden gleichen Wochentage abgerechnet werden, um den Verwaltungsaufwand gering zu halten.

(5) Fristgemäß **ausgefallene Fahrten** werden nicht vergütet. Als fristgemäß gilt eine Absage von 24 Stunden vor Fahrtantritt. Bei einer fehlenden oder nicht rechtzeitigen Absage (unter 24 Stunden vor Fahrtantritt) kann der Auftragnehmer bis zu 50 % der Kosten in Rechnung stellen.

(6) Die Abrechnung der Beförderungsentgelte erfolgt jeweils **monatlich nachträglich per Rechnungstellung in digitaler Form** unter [schuelerbefoerderung@landkreis-helmstedt.de](mailto:schuelerbefoerderung@landkreis-helmstedt.de). Die Abrechnung für den Monat Dezember ist dem Auftraggeber bis zum 10.01. des jeweiligen Folgejahres einzureichen.

(7) Während der Vertragslaufzeit kann eine **Preisanpassung** des vereinbarten Angebotspreises bei wesentlichen, unvorhersehbaren im Einzelnen nachzuweisenden Änderungen des Preisgefüges (z.B. bei den Treibstoffpreisen) vereinbart werden. Eine rückwirkende Anpassung kommt nicht in Betracht. Die Vereinbarung tritt mit Ablauf des auf den Antrag folgenden Monats in Kraft.



### 13. Zuschlagskriterium

Als **Zuschlagskriterium** für die Auftragsvergabe gilt grundsätzlich bei **den Losen 1-4** der **niedrigste Preis des schultäglichen Pauschalentgelts ohne gesetzliche Umsatzsteuer (Nettobetrag)** multipliziert mit der **Anzahl der Schultage im Schuljahr 2026/2027**. Maßgebend ist die angegebene **Gesamtangebotssumme ohne gesetzliche Umsatzsteuer (Nettobetrag)** auf dem jeweiligen Losblatt. Die Umsatzsteuer geht nicht in die Wertung ein. **Die Gesamtangebotssumme (netto)** aus dem Losblatt ist in das System zu übertragen.

Der jeweilige Gesamtangebotssumme (brutto) ist in das Formblatt 633 einzutragen.

### 14. Allgemeiner Hinweis

Auf diese Vergabe ist das Niedersächsische Tariftreue- und Vergabegesetz in der derzeit gültigen Fassung anzuwenden.

Vergabestelle

Datum der Versendung 28.05.2026

Landkreis Helmstedt  
Zentrale Vergabestelle  
Südertor 6  
38350 Helmstedt

Vergabeart

- ☒ Öffentliche Ausschreibung  
 Beschränkte Ausschreibung  
 Beschränkte Ausschreibung mit  
 Teilnahmewettbewerb  
 Verhandlungsvergabe  
☐ Internationale NATO-Ausschreibung

Ablauf der Angebotsfrist

Datum	Uhrzeit
16.06.2026	10:00:00

Bindefrist endet am 16.07.2026

**Aufforderung zur Abgabe eines Angebots**

(Vergabeverfahren gemäß UVgO)

Bezeichnung der Leistung:

Vergabenummer

Leistung

V-93-2026-LKH Schülerbeförderungsleistungen im freigestellten Schülerverkehr zu Schulen in Helmstedt

**Anlagen****A) die beim Bieter verbleiben und im Vergabeverfahren zu beachten sind:**

- ☒ 632 Bewerbungsbedingungen (Ausgabe 2017)  
☐ 227 Zuschlagskriterien

☐☐☐☐**B) die beim Bieter verbleiben und Vertragsbestandteil werden:**

- ☒ Teile der Leistungsbeschreibung: Beschreibung, Pläne, sonstige Anlagen  
☒ 634 Besondere Vertragsbedingungen  
☒ 635 Zusätzliche Vertragsbedingungen (Ausgabe 2017)  
☐ 241 Abfall  
☐ 244 Datenverarbeitung  
☐ 246 Aufträge für Gaststreitkräfte  
☐ 247 Aufträge mit besonderen Anforderungen aufgrund Geheimschutz oder Sabotageschutz  
☐ 625 NATO Infrastrukturbauten  
☒ Anlage BVB 634 Nr. 9.1 Regelung DL-Aufträge NTVerG

☐☐☐☐☐☐

**C) die, soweit erforderlich, ausgefüllt mit dem Angebot einzureichen sind:**

- ☒ 633 Angebotsschreiben
- ☒ Teile der Leistungsbeschreibung: Leistungsverzeichnis/Leistungsprogramm
- ☒ 124\_LD Eigenerklärung zur Eignung
- ☐ 234 Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft
- ☐ 248 Erklärung zur Verwendung von Holzprodukten
- ☒ 20-05-Erklärung NTVergG Auftragnehmer
- ☐ 20-06-Erklärung NTVergG Nachunternehmer
- ☒ Verzeichnis Nachunternehmerleistungen
- ☒ Verzeichnis Leistungen anderer Unternehmen
- ☐

**D) die ausgefüllt auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle einzureichen sind:**

- ☒ 20-06-Erklärung NTVergG Nachunternehmer
- ☒ Eigenerklärung EU Sanktionspaket
- ☐
- ☐
- ☐

**1 Es ist beabsichtigt, die in beiliegender Leistungsbeschreibung bezeichneten Leistungen im Namen und für Rechnung**

Landkreis Helmstedt  
Schule, Kultur und Sport  
Südertor 6  
38350 Helmstedt  
zu vergeben.

**2 Kommunikation**

Die Kommunikation erfolgt elektronisch über die Vergabepattform.

**3 Unterlagen (Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise)**

Der Auftraggeber wird ab einer Auftragssumme von mehr als 30.000 Euro für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, zur Bestätigung der Erklärung (Angebotsschreiben Nummer 6) einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister beim Bundesamt für Justiz anfordern.

**3.1 Folgende Unterlagen sind mit dem Angebot einzureichen:**

- ☐ siehe (Auftrags)Bekanntmachung
- ☒ siehe gekreuzte Anlagen unter C.)
- ☒ ausgefülltes Losblatt je angebotenes Los
- ☐
- ☐

**3.2 Folgende Unterlagen sind auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle vorzulegen**

- ☐ siehe (Auftrags)Bekanntmachung
- ☒ siehe gekreuzte Anlagen unter D.)
- 
- ☒ FB 236 - Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen
- 
- ☐
- 
- ☐
- 

**3.3 - frei -****4 Losweise Vergabe**

nein

- ☒ ja, Angebote sind möglich
- ☐ nur für ein Los
- ☒ für ein Los oder mehrere Lose

☐ für alle Lose (aber auch für weniger)

**5 Nebenangebote**

- 5.1 ☒ Nebenangebote sind nicht zugelassen, Nummer 4 der Bewerbungsbedingungen gilt nicht.
- 5.2 ☐ Nebenangebote sind zugelassen (siehe auch Nummer 4 der Bewerbungsbedingungen) -  
ausgenommen Nebenangebote, die ausschließlich Preisnachlässe mit Bedingungen beinhalten -
- ☐ für die gesamte Leistung
- ☐ nur für nachfolgend genannte Bereiche:

☐ mit Ausnahme nachfolgend genannter Bereiche:

unter folgenden weiteren Bedingungen:

- ☐
- 
- ☐
- 

**6 Angebotswertung**

Kriterien für die Wertung der Haupt- und ggf. Nebenangebote

- ☒ Zuschlagskriterium Preis
- Der Preis wird aus der Wertungssumme des Angebotes ermittelt.  
Die Wertungssummen werden ermittelt aus den nachgerechneten Angebotssummen, insbesondere unter Berücksichtigung von Nachlässen.

☐ Mehrere Zuschlagskriterien gemäß Formblatt Zuschlagskriterien

Werkstätten für Behinderte wird bei der Berechnung der Wertungssumme ein Bonus von 15 Prozent eingeräumt.

Ist ein Angebot, das von einer Werkstatt für Behinderte abgegeben wurde, ebenso wirtschaftlich wie ein anderes Angebot, so wird der Zuschlag auf das Angebot der Werkstatt für Behinderte erteilt.  
Der Nachweis der Eigenschaft als Werkstatt für Behinderte ist mit dem Angebot zu führen.

**7 Zugelassene Angebotsabgabe**☒ Elektronisch☒ in Textform ☐ mit fortgeschrittener/m Signatur/Siegel ☐ mit qualifizierter/m Signatur/Siegel

Bei elektronischer Angebotsübermittlung in Textform muss der Bieter zu erkennen sein; falls vorgegeben, ist das Angebot mit der geforderten Signatur/dem geforderten Siegel zu versehen.

Das Angebot ist zusammen mit den Anlagen bis zum Ablauf der Angebotsfrist über die Vergabeplattform der Vergabestelle zu übermitteln.

**8 Nachprüfungsstelle**

---

---

---

**9**

## **Bewerbungsbedingungen für die Vergabe von Leistungen**

Das Vergabeverfahren erfolgt nach der "Verfahrensordnung für die Vergabe öffentlicher Liefer- und Dienstleistungsaufträge unterhalb der EU-Schwellenwerte", (Unterschwellenvergabeordnung - UVgO).

### **1 Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen**

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Unternehmens Unklarheiten, Unvollständigkeiten oder Fehler, so hat es unverzüglich die Vergabestelle vor Angebotsabgabe in Textform im Angebotsassistenten der Deutschen eVergabe darauf hinzuweisen.

### **2 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen**

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.

Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art er wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

### **3 Angebot**

3.1 Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen.

3.2 Für das Angebot sind die von der Vergabestelle vorgegebenen Vordrucke zu verwenden. Das Angebot ist bis zu dem von der Vergabestelle angegebenen Ablauf der Angebotsfrist einzureichen. Ein nicht form- oder fristgerecht eingereichtes Angebot wird ausgeschlossen.

3.3 Eine selbst gefertigte Abschrift oder Kurzfassung des Leistungsverzeichnisses ist zulässig.

Die von der Vergabestelle vorgegebene Langfassung des Leistungsverzeichnisses ist allein verbindlich.

3.4 Unterlagen, die von der Vergabestelle nach Angebotsabgabe verlangt werden, sind zu dem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt einzureichen.

3.5 Alle Eintragungen müssen dokumentenecht sein.

3.6 Ein Bieter, der in seinem Angebot die von ihm tatsächlich für einzelne Leistungspositionen geforderten Einheitspreise auf verschiedene Einheitspreise anderer Leistungspositionen verteilt, benennt nicht die von ihm geforderten Preise. Deshalb werden Angebote, bei denen der Bieter die Einheitspreise einzelner Leistungspositionen in „Mischkalkulationen“ auf andere Leistungspositionen umlegt, von der Wertung ausgeschlossen.

3.7 Alle Preise sind in Euro mit höchstens drei Nachkommastellen anzugeben.

Die Preise (Einheitspreise, Pauschalpreise, Verrechnungssätze usw.) sind ohne Umsatzsteuer anzugeben. Der Umsatzsteuerbetrag ist unter Zugrundelegung des geltenden Steuersatzes am Schluss des Angebotes hinzuzufügen.

Es werden nur Preisnachlässe gewertet, die

- ohne Bedingungen als Vomhundertsatz auf die Abrechnungssumme gewährt werden und
- an der im Angebotsschreiben bezeichneten Stelle aufgeführt sind.

Nicht zu wertende Preisnachlässe bleiben Inhalt des Angebotes und werden im Fall der Auftragserteilung Vertragsinhalt.

3.8 Bei Verhandlungsvergaben behält sich der Auftraggeber vor, den Zuschlag ohne vorherige Verhandlung gem. § 12 Abs. 4 S. 2 UVgO auf das wirtschaftlichste Angebot zu erteilen.

### **4 Nebenangebote**

4.1 Soweit an Nebenangebote Mindestanforderungen gestellt sind, müssen diese erfüllt werden; im Übrigen müssen sie im Vergleich zur Leistungsbeschreibung qualitativ und quantitativ gleichwertig sein. Die Erfüllung der Mindestanforderungen bzw. die Gleichwertigkeit ist mit Angebotsabgabe nachzuweisen.

4.2 Der Bieter hat die in Nebenangeboten enthaltenen Leistungen eindeutig und erschöpfend zu beschreiben; die Gliederung des Leistungsverzeichnisses ist, soweit möglich, beizubehalten.

Nebenangebote müssen alle Leistungen umfassen, die zu einer einwandfreien Ausführung der Leistung erforderlich sind.

Soweit der Bieter eine Leistung anbietet, deren Ausführung nicht in den Vergabeunterlagen geregelt ist, hat er im Angebot entsprechende Angaben über Ausführung und Beschaffenheit dieser Leistung zu machen.

- 4.3 Nebenangebote sind, soweit sie Teilleistungen (Positionen) des Leistungsverzeichnisses beeinflussen (ändern, ersetzen, entfallen lassen, zusätzlich erfordern), nach Mengenansätzen und Einzelpreisen aufzugliedern (auch bei Vergütung durch Pauschalsumme).
- 4.4 Nebenangebote, die den Nummern 4.1 bis 4.3 nicht entsprechen, werden von der Wertung ausgeschlossen.

## 5 Bietergemeinschaften

- 5.1 Die Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine Erklärung aller Mitglieder in Textform abzugeben,
- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,
  - in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
  - dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
  - dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.
- Auf Verlangen der Vergabestelle ist eine von allen Mitgliedern unterzeichnete bzw. fortgeschritten oder qualifiziert signierte Erklärung abzugeben.
- 5.2 Sofern nicht öffentlich ausgeschrieben wird, werden Angebote von Bietergemeinschaften, die sich erst nach der Aufforderung zur Angebotsabgabe aus aufgeförderten Unternehmen gebildet haben, nicht zugelassen.

## 6 Eignung

Unternehmen haben als vorläufigen Nachweis der Eignung für die zu vergebende Leistung mit dem Angebot

- **Entweder die** ausgefüllte „Eigenerklärung zur Eignung für Liefer-/Dienstleistungen“
  - **Oder** eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE)
- vorzulegen.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ bzw. in der EEE genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Stattdessen kann der Nachweis auch durch Eintrag in einem amtlichen Verzeichnis (z.B. dem durch die Industrie- und Handelskammer eingerichteten PQ-Verzeichnis) oder durch Vorlage eines Zertifikates im Sinne der europäischen Zertifizierungsstandards geführt werden.

## 7 Datenschutz

Verarbeitung personenbezogener Daten nach der DSGVO

1. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen und ggf. seines Vertreters

Landkreis Helmstedt  
Herr Landrat Gerhard Radeck  
Südertor 6  
38350 Helmstedt  
Tel.: +49 5351 121-0  
Fax: +49 5351 121-1600  
E-Mail: kreisverwaltung@landkreis-helmstedt.de

## 2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Behördlicher Datenschutzbeauftragter des Landkreises Helmstedt  
Landkreis Helmstedt  
Südertor 6  
38350 Helmstedt  
Tel.: +49 441 9714-159  
Fax: +49 441 9714-17159  
E-Mail: datenschutzbeauftragter@landkreis-helmstedt.de

## 3. Zweck und Rechtsgrundlage

Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt für die Durchführung eines Vergabeverfahrens im Rahmen von Beschaffungsvorgängen.

Öffentliche Auftraggeber unterliegen grundsätzlich rechtlichen Verpflichtungen, das heißt gesetzlichen Anforderungen (z. B. Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, Vergabeverordnungen, Steuergesetze).

Die Verarbeitung und Speicherung personenbezogener Daten erfolgt auf der Grundlage der Datenschutz-Grundverordnung Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e) die Verarbeitung ist für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde.

Eine Informationspflicht bei der Erhebung personenbezogener Daten bei Dritten (bspw. Eignungsnachweise dritter Personen) besteht nach Artikel 14 Abs. 5 Buchstabe c) Datenschutz-Grundverordnung nicht, da die Datenerhebung im Rahmen des Vergabeverfahrens ausdrücklich geregelt ist und dort zum Schutz der Interessen der betroffenen Personen eine vertrauliche Behandlung der Daten vorgesehen ist (§ 5 Vergabeverordnung, § 3 Unterschwellenvergabeordnung).

## 4. Übermittlung in Drittländer oder an internationale Organisationen

Es findet keine Übermittlung von personenbezogenen Daten in Ländern außerhalb der EU statt. Eine Übermittlung von personenbezogenen Daten außerhalb der Bundesrepublik findet gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchstabe c) DS-GVO im Fall einer Anfrage der EU-Kommission (§ 183 GWB) oder einer Vorlage der Vergabeakten an dem Europäischen Gerichtshof statt.

## 5. Empfänger von personenbezogenen Daten

Personenbezogene Daten werden im Rahmen des Vergabeverfahrens, auch im E-Vergabemanagementsystem, dokumentiert und der Vergabeakte beigelegt.

Die Daten werden nur weitergegeben, wenn die Übermittlung gesetzlich zulässig ist oder die Einwilligung für die Übermittlung vorliegt.

Zu Empfängern aufgrund einer gesetzlich zulässigen Übermittlung können insbesondere gehören: Nachprüfstelle, Rechnungsprüfer, Vergabekammern, Gerichte und andere das Vergabeverfahren überprüfende Behörden des Auftraggebers.

Auch von uns eingesetzte Auftragsverarbeiter (externer Dritter). Soweit Ihre Daten im Rahmen eines Auftragsverarbeitungsverhältnisses verarbeitet werden, wird auch der Auftragsverarbeiter zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorschriften verpflichtet.

## 6. Dauer der Speicherung

Maßstab für die Dauer der Speicherung personenbezogener Daten sind die haushaltsrechtlichen Aufbewahrungsfristen sowie die handelsrechtlichen, steuerrechtlichen und vergaberechtlichen Aufbewahrungsfristen. Die Rechtsgrundlage für die Speicherung bildet Art. 6 Abs. 1 Buchstabe c) Datenschutz-Grundverordnung.



## Hinweise für die Rechte der Betroffenen

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DSGVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die Berichtigung sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DSGVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (Recht auf Löschung).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Wenn die Verarbeitung auf einer Einwilligung beruht, hat die betroffene Person das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten Widerspruch einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DSGVO).

Jede betroffene Person hat unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn die betroffene Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt (Art. 77 DSGVO). Die betroffene Person kann dieses Recht bei einer Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes geltend machen. In Niedersachsen ist die zuständige Aufsichtsbehörde:

Die/Der Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen  
 Prinzenstraße 5  
 30159 Hannover  
 Telefon: +49 511 1204500  
 Telefax: +49 511 1204599  
 E-Mail: [poststelle@lfd.niedersachsen.de](mailto:poststelle@lfd.niedersachsen.de)

## 8 Kommunikation mit der Vergabestelle

Verarbeitung personenbezogener Daten gemäß Artikel 6 DSGVO

Die Kommunikation zwischen Bieter/Bewerber und Zentraler Vergabestelle erfolgt ausschließlich über den im Angebotsassistenten der deutschen eVergabe befindlichen Bereich "Nachrichten". Die über den Angebotsassistenten versandte Bieterfragen werden durch die Zentrale Vergabestelle beantwortet und der Gesamtheit der Bieter/Bewerber zur Verfügung gestellt. Der Bieter/Bewerber gewährleistet den Empfang der durch die verwendete Vergabeplattform erzeugten Nachrichten mit dem Absender "noreply@deutsche-evergabe.de".

Name und Anschrift des Bieters  
(Firmenname lt. Handelsregister)

Ort:  
Datum:  
Tel.:  
Fax:  
e-mail:  
USt.-ID-Nr.:  
HR-Nr.:  
Registergericht  
BlmA-Nummer

(Name und Anschrift der Vergabestelle)

Landkreis Helmstedt

Süder tor 6  
38350 Helmstedt  
Deutschland

## Angebotsschreiben

Bezeichnung der Leistung:

Maßnahmennummer      Maßnahme

Vergabenummer      Leistung

**V-93-2026-LKH      Schülerbeförderungsleistungen im freigestellten Schülerverkehr zu Schulen in Helmstedt**

### Anlagen<sup>1</sup>, die Vertragsbestandteil werden

- ☐ Leistungsverzeichnis/Leistungsprogramm (Kurz- oder Langfassung) mit den Preisen sowie den geforderten Angaben und Erklärungen
- ☐ 234 Bieter-/Arbeitsgemeinschaft
- ☐ 235 Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen
- ☐ 248 Erklärung zur Verwendung von Holzprodukten
- ☐ Nebenangebot(e)
- ☐
- ☐

### Anlagen<sup>1</sup>, die der Angebotserläuterung dienen, ohne Vertragsbestandteil zu werden

- ☐ 124\_LD Eigenerklärung zur Eignung
- ☐ Einheitliche Europäische Eigenerklärung
- ☐
- ☐

**1 Ich/Wir biete(n) die Ausführung der oben genannten Leistung zu den von mir/uns eingesetzten Preisen an.  
An mein/unser Angebot halte(n) ich/wir mich/uns bis zum Ablauf der Bindefrist gebunden.**

**2 Die Angebotsendsumme des Hauptangebotes gem. Leistungsbeschreibung beträgt einschl. Umsatzsteuer**

Los 1 \_\_\_\_\_ Euro  
Los 2 \_\_\_\_\_ Euro  
Los 3 \_\_\_\_\_ Euro  
Los 4 \_\_\_\_\_ Euro  
Los 5 \_\_\_\_\_ Euro

<sup>1</sup> vom Bieter anzukreuzen und beizufügen

**3 Anzahl der Nebenangebote**

<b>Los 1</b>	_____	<b>St.</b>
<b>Los 2</b>	_____	<b>St.</b>
<b>Los 3</b>	_____	<b>St.</b>
<b>Los 4</b>	_____	<b>St.</b>
<b>Los 5</b>	_____	<b>St.</b>

**4 Preisnachlass ohne Bedingung auf die Abrechnungssumme für Haupt- und alle Nebenangebote**

<b>Los 1</b>	_____	<b>%</b>
<b>Los 2</b>	_____	<b>%</b>
<b>Los 3</b>	_____	<b>%</b>
<b>Los 4</b>	_____	<b>%</b>
<b>Los 5</b>	_____	<b>%</b>

**5 Bestandteil meines/unseres Angebots sind neben diesem Angebotsschreiben und seinen Anlagen:**

- Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B), Ausgabe 2003,
- Unterlagen gem. Aufforderung zur Angebotsabgabe, Anlagen – Teil B

**6 Ich/Wir erkläre(n), dass**

- ich/wir die gewerberechtlichen Voraussetzungen für die Ausführung der angebotenen Leistung erfülle(n).
- ich/wir den Wortlaut der vom Auftraggeber verfassten Langfassung des Leistungsverzeichnisses als alleinverbindlich anerkenne(n).
- mir/uns zugegangene Änderungen der Vergabeunterlagen Gegenstand meines/unseres Angebotes sind.
- das vom Auftraggeber vorgeschlagene Produkt Inhalt meines/unseres Angebotes ist, wenn Teilleistungsbeschreibungen des Auftraggebers den Zusatz „oder gleichwertig“ enthalten und von mir/uns keine Produktangaben (Hersteller- und Typbezeichnung) eingetragen wurden.
- falls von mir/uns mehrere Nebenangebote abgegeben wurden, mein/unser Angebot auch die Kumulation der Nebenangebote, die sich nicht gegenseitig ausschließen, umfasst.
- ich/wir einen pauschalen Schadensersatz in Höhe von 15 Prozent der Bruttoabrechnungssumme dieses Vertrages entrichten werde, falls ich/wir aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen habe(n), die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt, es sei denn, ich/wir weise(n) einen geringeren Schaden nach.

Unterschrift (bei schriftlichem Angebot)

**Ist**

- bei einem elektronisch übermittelten Angebot in Textform der Bieter nicht erkennbar,
  - ein schriftliches Angebot nicht an dieser Stelle unterschrieben oder
  - ein elektronisches Angebot, das signiert/mit elektronischem Siegel versehen werden muss, nicht wie vorgegeben signiert/mit elektronischem Siegel versehen,
- wird das Angebot ausgeschlossen.

Vergabenummer	V-93-2026-LKH
---------------	---------------

Maßnahme

Leistung

Schülerbeförderungsleistungen im freigestellten Schülerverkehr zu Schulen in Helmstedt

**BESONDERE VERTRAGSBEDINGUNGEN**

Die §§ beziehen sich auf die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B).

**1 Überwachung der Anlieferung**

Die Überwachung obliegt dem Auftraggeber. Dieser hat den Architekten/Ingenieur

---

mit der Wahrnehmung beauftragt. Anordnungen dürfen nur vom Auftraggeber bzw. vom beauftragten Architekten/Ingenieur getroffen werden.
**2 Anlieferungs- oder Annahmestelle**

Ort

Gebäude

Raum

**3 Ausführungsfristen**

Anlieferung

13.08.2026

Ende der Ausführung

07.07.2027

folgende Einzelfristen sind Vertragsfristen:

**4 Vertragsstrafen (§ 11)**

Der Auftragnehmer hat als Vertragsstrafe für Verzug zu zahlen:

4.1 bei Überschreitung der unter 3. genannten Fristen

☐ für jede vollendete Woche \_\_\_\_\_ Prozent☐ für jeden Werktag \_\_\_\_\_ Prozent

desjenigen Teils der Leistung, der nicht genutzt werden kann. Die Bezugsgröße zur Berechnung der Vertragsstrafe bei der Überschreitung von Einzelfristen ist der nicht nutzbare Teil der Leistung, der den bis zu diesem Zeitpunkt vertraglich zu erbringenden Leistungen entspricht.

4.2 Die Vertragsstrafe wird auf insgesamt \_\_\_\_\_ Prozent der Auftragssumme (ohne Umsatzsteuer) begrenzt.

4.3 Verwirkte Vertragsstrafen für den Verzug wegen Nichteinhaltung verbindlicher Zwischentermine (Einzelfristen als Vertragsfristen) werden auf eine durch den Verzug wegen Nichteinhaltung der Frist für die Vollendung der Leistung verwirkte Vertragsstrafe angerechnet.

**5 Rechnungen (§ 15)**

Alle Rechnungen sind beim Auftraggeber

\_\_\_\_\_ 2 -fach und zugleich

bei \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_ -fach einzureichen.

**6 Sicherheitsleistung (§ 18)****6.1 Stellung der Sicherheit**

Sicherheit für die Erfüllung sämtlicher Verpflichtungen des Auftragnehmers aus dem Vertrag ist in Höhe von \_\_\_\_\_

Prozent der Auftragssumme (inkl. Umsatzsteuer, ohne Nachträge) zu leisten, sofern die Auftragssumme mindestens 50.000 Euro ohne Umsatzsteuer beträgt, und wenn dies für die sach- und fristgemäße Leistung ausnahmsweise erforderlich erscheint.

Sicherheit kann wahlweise durch Hinterlegung von Geld oder durch Bürgschaft geleistet werden.

**6.2 Sicherheitsleistung durch Bürgschaft**

Wird Sicherheit durch Bürgschaft geleistet, ist dafür das Formblatt „**Vertragserfüllungsbürgschaft**“ des Vergabe- und Vertragshandbuchs für die Baumaßnahmen des Bundes (VHB) zu verwenden oder die Bürgschaftserklärung muss inhaltlich vollständig dem Formblatt des Auftraggebers entsprechen.

Die Bürgschaftsurkunden enthalten folgende Erklärung des Bürgen:

- "Der Bürge übernimmt für den Auftragnehmer die selbstschuldnerische Bürgschaft nach deutschem Recht.
- Auf die Einreden der Vorausklage gemäß § 771 BGB wird verzichtet.
- Die Bürgschaft ist unbefristet; sie erlischt mit der Rückgabe dieser Bürgschaftsurkunde.
- Die Bürgschaftsforderung verjährt nicht vor der gesicherten Hauptforderung. Nach Abschluss des Bürgschaftsvertrages getroffene Vereinbarungen über die Verjährung der Hauptforderung zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer sind für den Bürgen nur im Falle seiner schriftlichen Zustimmung bindend.
- Gerichtsstand ist der Sitz der zur Prozessvertretung des Auftraggebers zuständigen Stelle."

**7 Zahlungsbedingungen (§ 17)**

Vorauszahlungen werden nur geleistet, wenn nachfolgend eine Regelung getroffen ist.

**8 - frei -****9 Weitere Besondere Vertragsbedingungen****9.1 Weitere Besondere Vertragsbedingungen**

Siehe Anlage zu den Besonderen Vertragsbedingungen - EVM 634 - Regelung zur Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben der §§ 13 - 15 NTVergG in der aktuellen Fassung.

Ende der Weiteren Besonderen Vertragsbedingungen!

# **Regelungen zur Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben der §§ 13 bis 15 NTVergG**

## **II.**

### **Vergabe von Dienstleistungsaufträgen**

#### **1. Zahlung von Mindestentgelten**

Der Auftragnehmer hat sich verpflichtet, im Fall der Auftragserteilung den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Sinne des § 22 Mindestlohngesetz (MiLoG) in seinem Unternehmen bei der Ausführung der beauftragten Leistung, die innerhalb des Gebietes der Bundesrepublik Deutschland erbracht wird, mindestens ein Mindestentgelt nach den Vorgaben des Mindestlohngesetzes zu zahlen und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die von Regelungen nach § 1 Abs. 3 MiLoG erfasst werden, mindestens ein Mindestentgelt nach den Vorgaben dieser Regelungen zu zahlen. Diese können sich ergeben aus:

- den Regelungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG),
- den Regelungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG)
- der auf Grundlage des AEntG oder AÜG erlassenen Rechtsverordnungen sowie
- aus einem auf der Grundlage von § 5 des Tarifvertragsgesetzes für allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrag im Sinne von § 4 Absatz 1 Nummer 1 sowie §§ 5 und 6 Absatz 2 des AEntG.

Die Pflicht des Auftragnehmers zur Zahlung des Mindestentgelts erstreckt sich auch auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die im Sinne des Gesetzes zur Regelung der Arbeitnehmerüberlassung entliehen sind und bei der Ausführung der Leistung eingesetzt werden. In diesem Fall ist der Auftragnehmer verpflichtet, die Zahlung von Mindestentgelten auch den Verleihunternehmen aufzuerlegen, die Abgabe der entsprechenden Verpflichtungserklärungen mit diesen zu vereinbaren, von diesen einzufordern und dem Auftraggeber vorzulegen.

Das Mindestentgelt erfasst nur solche Entgeltzahlungen, die zur Abgeltung der im Rahmen der Auftragsausführung erbrachten Arbeitsleistung regelmäßig zu zahlen sind. Nicht von dem Mindestentgelt erfasst sind vermögenswirksame Leistungen oder Sonderleistungen, die nicht mit der Arbeitsleistung in einem funktionalen Zusammenhang stehen. Auf die entsprechende Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichtes wird verwiesen, vgl. BAG, Urteil vom 18.04.2012 – 4 AZR 139/10; BAG E 109, 244 und Urteil vom 25.05.2016 – 5 AZR 135/16.

## 2. Verpflichtung von Nachunternehmen

Der Auftragnehmer ist weiter verpflichtet, die in Ziffer 1 genannten Verpflichtungen zur Zahlung von Mindestentgelten auch den von ihm eingesetzten oder von Nachunternehmen eingesetzten Nachunternehmen aufzuerlegen, die Abgabe der entsprechenden Verpflichtungserklärungen mit diesen zu vereinbaren, von diesen einzufordern und dem Auftraggeber vorzulegen. Die Verpflichtung von Nachunternehmen zur Zahlung des Mindestentgeltes nach Ziffer 1 besteht nur für Leistungen, die das beauftragte Nachunternehmen innerhalb des Gebietes der Bundesrepublik Deutschland erbringen wird. Die Verpflichtungserklärungen können nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 Satz 4, 5 i.V.m. § 8 Abs. 1 NTVergG auch im Wege der Präqualifikation erbracht werden.

Vorstehende Verpflichtungen beziehen sich auf die Verpflichtungserklärungen über die Zahlung von Mindestentgelten nach § 4 Abs. 1 NTVergG.

Die Erklärungen sind **vor Einsatz** des jeweiligen Nachunternehmens einzufordern und dem Auftraggeber vorzulegen.

Die Mindestentgeltverpflichtung bezieht sich jeweils auf das beauftragte Nachunternehmen. Soweit keine Mindestentgeltregelung nach § 4 Abs. 1 Nr. 2 NTVergG existiert, ist das Mindestentgelt nach den Vorgaben des Mindestlohngesetzes gemäß § 4 Abs. 1 Nr. 1 NTVergG zu zahlen.

Nachunternehmen im Sinne dieser Regelungen sind in der Regel rechtlich selbständige Unternehmen, die von dem beauftragten Auftragnehmer zur Erbringung der ausgeschriebenen Leistung herangezogen werden, die in sich abgeschlossene Teilleistungen bilden

und nicht nur untergeordnete Hilfsdienste oder bloße Zulieferungen darstellen. Der Auftragnehmer hat diese rechtliche Einordnung der von ihm zur Ausführung eingesetzten Dritten in eigener Verantwortung zu prüfen. Die Regelung des § 4 Nr. 4 VOL/B bleibt unberührt.

### 3. Kontrollrechte

#### 3.1. Allgemeines Kontrollrecht des Auftraggebers

Die Vertragsparteien vereinbaren vor dem Hintergrund der Regelung in § 14 Abs. 1 NTVergG ein allgemeines Recht des Auftraggebers zur jederzeitigen Kontrolle, ob der Auftragnehmer und die zur Auftragsausführung eingesetzten Nachunternehmen und Verleihunternehmen die von ihnen im Hinblick auf das NTVergG übernommenen Pflichten erfüllen.

#### 3.2. Kontrollrechte des Auftraggebers und Vertragspflichten des Auftragnehmers im Hinblick auf die Pflicht zur Zahlung des Mindestentgelts

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, **bis zur vollständigen Leistungserbringung jederzeit** auf Verlangen des Auftraggebers die Grundlage für seine Zahlungsverpflichtung des Mindestentgelts i.S.d. § 4 Abs. 1 NTVergG offenzulegen und Kontrollen über die Einhaltung und Umsetzung dieser Zahlungsverpflichtung zu ermöglichen. Zu diesem Zweck hat der Auftragnehmer die zur Kontrolle erforderlichen Unterlagen, Arbeitsnachweise der Beschäftigten und Nachweise über Entgeltzahlungen an die Beschäftigten, die zur Ausführung der Leistung eingesetzt sind, bereit zu halten und dem Auftraggeber jederzeit auf dessen Anforderung auszuhändigen. Um die Einhaltung der in Ziffer 1 und 2 genannten Vertragspflichten zu überprüfen, ist der Auftraggeber berechtigt, die im Einzelfall erforderlichen Maßnahmen zu treffen, insbesondere Leistungsorte/Baustellen und/oder Geschäftsräume zu betreten, Beschäftigte zu befragen, Einsicht in Unterlagen, insbesondere in Lohn- und Meldeunterlagen, Bücher und andere Geschäftsunterlagen und Aufzeichnungen zu nehmen, aus denen Umfang, Art, Dauer und tatsächliche Entlohnung der Beschäftigten hervorgehen oder abgeleitet werden können. Die Unterlagen sind nach Auftragserteilung vollständig und prüffähig bereit zu halten.



Die vorstehenden Pflichten sind mit Zuschlag Vertragsbestandteil. Sie gelten auch nach vollständiger Erfüllung der Hauptleistungspflichten durch den Auftragnehmer in entsprechender Anwendung des § 147 Abgabenordnung für zehn (10) Jahre nach Ende des Kalenderjahres, in dem die Hauptleistung des Auftragnehmers vollständig und vertragsgerecht erbracht wurde.

**Nach vollständiger Leistungserbringung** wird der Auftraggeber eine angemessene Frist zur Bereitstellung und Vorlage der o.g. Unterlagen setzen.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seine Beschäftigten auf die Kontroll- und Nachweispflichten gegenüber dem Auftraggeber hinzuweisen. Ihm ist bekannt, dass die Umsetzung und Ausübung der Kontrollrechte durch den Auftraggeber nicht von der Einwilligung der Beschäftigten abhängt. Die Verpflichtung des Auftragnehmers zur Erfassung, Bereithaltung und Offenlegung der personenbezogenen Daten ist zur Prüfung der Verpflichtung zur Zahlung des vereinbarten Mindestentgelts erforderlich und gilt daher unabhängig davon, ob die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie sonstigen zur Auftragsausführung Beschäftigten ihre Einwilligung zur Erfassung und Offenlegung der personenbezogenen Daten erteilen.

Vorstehende Pflichten bestehen in gleicher Weise für eingesetzte Nachunternehmen und Verleihunternehmen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die von ihm eingesetzten Nach- und Verleihunternehmen sowie etwaige dritte Nach- und Verleihunternehmen, die für die Ausführung des Auftrags eingesetzt sind, seinerseits auf Einhaltung der Vertragspflichten gem. Ziffer 1 und 2 zu kontrollieren und dem Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtungen auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen.

Die in Ziffer 2 genannte Pflicht zur Vorlage von Erklärungen von Nachunternehmern gilt nicht, sofern und soweit der Auftraggeber gemäß § 13 Abs. 3 NTVergG auf die Vorlage von Erklärungen verzichtet. Auch in diesem Fall ist der Auftragnehmer verpflichtet, für die Zahlung des entsprechenden Mindestentgelts Sorge zu tragen und dies dem Auftraggeber auf Verlangen nachzuweisen.

#### 4. Sanktionen/Vertragsstrafe/Kündigungsrecht

Die Vertragspartner vereinbaren für jeden schuldhaften Verstoß des Auftragnehmers und der von ihm oder durch seine Nach- oder Verleihunternehmen beauftragten Nach- oder Verleihunternehmen gegen die vorstehend erfassten Vertragspflichten gem. Ziffer 1, 2 und Ziffer 3.2 die Zahlung einer Vertragsstrafe in Höhe von 1 vom Hundert des Auftragswertes netto - basierend auf dem Auftragswert im Zeitpunkt der Beauftragung; bei mehreren Verstößen gegen die Vertragspflichten auf Grundlage des § 4 Abs. 1 NTVergG darf die Summe der Vertragsstrafen 10 vom Hundert des Auftragswertes nicht überschreiten.

Diese Vertragsstrafenregelung bezieht sich explizit ausschließlich auf schuldhafte Vertragspflichtverstöße im Zusammenhang mit den vorgenannten Vertragsregelungen der Ziffern 1, 2 und 3.2, die auf den gesetzlichen Regelungen des NTVergG basieren. Die Vereinbarung von Vertragsstrafen für andere Verstöße gegen Vertragspflichten, etwa über die Vereinbarung von Terminen und Fristen, bleibt hiervon unberührt.

Schuldhaft ist auch ein Verstoß gegen Vertragspflichten, der durch Nach- oder Verleihunternehmen begangen wird, wenn und soweit dieser Verstoß als schuldhafter Verstoß des Auftragnehmers gegen eigene Nebenpflichten einzuordnen ist. Dies ist dann nicht der Fall, wenn der Auftragnehmer schlüssig nachweist, dass er die Einhaltung der Mindestentlohnungspflichten durch die eingesetzten Nach- und Verleihunternehmen regelmäßig kontrolliert und sichergestellt hat. Die Zahlung einer Vertragsstrafe wird daher auch für den Fall vereinbart, dass der Verstoß durch ein Nachunternehmen oder ein Verleihunternehmen begangen wird und das beauftragte Unternehmen den Verstoß kannte oder kennen musste. Den Vertragsparteien ist bekannt, dass das Gebot der Verhältnismäßigkeit bei der Verwirkung der Vertragsstrafe zu beachten ist und die Vertragsstrafe vom Auftraggeber auf Antrag des Auftragnehmers auf einen angemessenen Betrag herabgesetzt werden kann.

Neben der Vertragsstrafenregelung vereinbaren die Parteien für den Fall der schuldhaften und nicht nur unerheblichen Nichterfüllung der sich aus den in Ziffer 1, 2 und 3.2 genannten Vertragspflichten durch den Auftragnehmer oder durch einen von diesem oder einem Nach- oder Verleihunternehmen eingesetzten Nach- oder Verleihunternehmen das

Recht des Auftraggebers zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund. § 8 VOL/B und etwaige andere vertragliche Kündigungsrechte bleiben unberührt.

Der Auftragnehmer informiert die eingesetzten Nach- und Verleihunternehmen über die drohenden Sanktionen im Fall schuldhafter Verstöße gegen die in Ziffer 1, 2 und/oder 3.2 vereinbarten Verpflichtungen.

Dem Auftragnehmer ist bekannt, dass der Auftraggeber die für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 21 MiLoG, nach § 23 AEntG und nach § 16 AÜG zuständigen Stellen über Verstöße des Auftragnehmers bzw. der Nach- oder Verleihunternehmen gegen die auf Grundlage des § 4 Abs. 1 NTVergG vereinbarten Mindestentgeltregelungen informieren.

#### 5. Rechtliche Hinweise und Regelung zur Teilnichtigkeit

Sollte eine der vorstehenden Regelungen unwirksam sein, bezieht sich die Unwirksamkeit ausschließlich auf die jeweilige Teilregelung und nicht auf die Vertragsregelungen insgesamt. § 139 BGB wird ausdrücklich abbedungen.

## Zusätzliche Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen

### 1 Art und Umfang der Leistungen (§ 1 VOL/B)

Die vereinbarten Preise enthalten auch die Kosten für Verpackung, Aufladen, Beförderung bis zur Anlieferungs- oder Annahmestelle und Abladen, wenn in der Leistungsbeschreibung nichts anderes angegeben ist.

Der Auftragnehmer hat Packstoffe zurückzunehmen und ggf. auf seine Kosten zu beseitigen. Etwaige Patentgebühren und Lizenzvergütungen sind durch den Preis für die Leistung abgegolten.

### 2 Änderung der Leistung (§ 2 Nummer 3 VOL/B)

2.1 Beansprucht der Auftragnehmer aufgrund von § 2 Nummer 3 eine erhöhte Vergütung, muss er dies dem Auftraggeber unverzüglich - möglichst vor Ausführung der Leistung und möglichst der Höhe nach - schriftlich mitteilen.

2.2 Der Auftragnehmer hat auf Verlangen die durch die Änderung der Leistung bedingten Mehr- oder Minderkosten nachzuweisen.

### 3 Ausführung der Leistung (§ 4 VOL/B)

Der Auftraggeber kann sich über die vertragsgemäße Ausführung der Leistung unterrichten.

### 4 Güteprüfung (§ 12 Nummer 2 VOL/B)

Verlangt der Auftraggeber eine im Vertrag nicht vereinbarte Güteprüfung, werden dem Auftragnehmer die dadurch entstandenen Kosten erstattet.

### 5 Abnahme (§ 13 VOL/B)

5.1 Die Lieferung oder Leistung wird förmlich abgenommen.

5.2 Die Gefahr geht, wenn nichts anderes vereinbart ist, auf den Auftraggeber über

- bei Lieferleistungen mit der Übernahme an der Anlieferungsstelle,
- bei Aufbauleistungen mit der Abnahme.

### 6 Mängelansprüche (§ 14 VOL/B)

Die Verjährungsfrist für Mängelansprüche beginnt mit der Abnahme der Leistung.

### 7 Rechnungen (§§ 15 und 17 VOL/B)

7.1 Die Rechnungen sind mit den Vertragspreisen ohne Umsatzsteuer (Nettopreise) aufzustellen; der Umsatzsteuerbetrag ist am Schluss der Rechnung mit dem Steuersatz einzusetzen, der zum Zeitpunkt des Entstehens der Steuer, bei Schlussrechnungen zum Zeitpunkt des Bewirkens der Leistung gilt.

Beim Überschreiten von Vertragsfristen, die der Auftragnehmer zu vertreten hat, wird die Differenz zwischen dem aktuellen Umsatzsteuerbetrag und dem bei Fristablauf maßgebenden Umsatzsteuerbetrag nicht erstattet.

7.2 In jeder Rechnung sind Umfang und Wert aller bisherigen Leistungen und die bereits erhaltenen Zahlungen mit gesondertem Ausweis der darin enthaltenen Umsatzsteuerbeträge anzugeben.

### 8 Leistungen nach Stundenverrechnungssätzen (§ 16 VOL/B)

Der Auftragnehmer hat über Leistungen nach Stundenverrechnungssätzen arbeitstäglich Listen in zweifacher Ausfertigung einzureichen. Diese müssen

- das Datum,
- die genaue Bezeichnung des Ausführungsortes,
- die Art der Leistung,
- die Namen der Arbeitskräfte und deren Berufs-, Lohn- oder Gehaltsgruppe,
- die geleisteten Arbeitsstunden je Arbeitskraft, ggf. aufgegliedert nach Mehr-, Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit, sowie nach im Verrechnungssatz nicht enthaltenen Erschwernissen und
- die Gerätekenngößen enthalten.

Rechnungen über Stundenverrechnungssätze müssen entsprechend den Listen aufgegliedert werden. Die Originale der Listen behält der Auftraggeber, die bescheinigten Durchschriften erhält der Auftragnehmer.

## Eigenerklärung zur Eignung in folgendem Vergabeverfahren

Maßnahmennummer \_\_\_\_\_ Vergabenummer V-93-2026-LKH

Vergabeart

- |   |                         |
|---|-------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> Öffentliche Ausschreibung | Offenes Verfahren       |
| Beschränkte Ausschreibung                                     | Nichtoffenes Verfahren  |
| Verhandlungsvergabe   | Verhandlungsverfahren   |
| <input type="checkbox"/> Internationale NATO-Ausschreibung    | Wettbewerblicher Dialog |

Maßnahme

Leistung

Schülerbeförderungsleistungen im freigestellten Schülerverkehr zu Schulen in Helmstedt

- |   |  |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> Bewerber*)<br><input type="checkbox"/> Bieter)<br><input type="checkbox"/> Mitglied der Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft)<br><input type="checkbox"/> Nachunternehmer)<br><input type="checkbox"/> anderes Unternehmen) |  |
|---|--|

☒ Umsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen

Euro

Euro

Euro

*Angaben zu Leistungen, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind*

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir in den letzten drei<sup>1</sup> Jahren vergleichbare Leistungen ausgeführt habe/haben.

Falls mein/unser Teilnahmeantrag/Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir drei Referenzen aus den letzten drei Jahren mit mindestens folgenden Angaben benennen:

Ansprechpartner; Art der ausgeführten Leistung; Auftragssumme; Ausführungszeitraum

**Bei einem Teilnahmewettbewerb sind die Angaben zu Leistungsart, Auftragssumme und Ausführungszeitraum bereits mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen.**

*Angaben zu Arbeitskräften*

Ich/Wir erkläre(n), dass mir/uns die für die Ausführung der Leistungen erforderlichen Beschäftigten zur Verfügung stehen.

Falls mein/unser Teilnahmeantrag/Angebot in die engere Wahl gelangt, werde ich/werden wir die Zahl der in den letzten drei Jahren jahresdurchschnittlich Beschäftigten angeben. Die für die Leitung vorgesehenen Personen werde ich benennen.

\*) zutreffendes ankreuzen

<sup>1</sup> Soweit in der Bekanntmachung ein abweichender Zeitraum angegeben wurde, ist dieser maßgebend.

*Eintragung in das Berufsregister ihres Sitzes oder Wohnsitzes*

- ☐ Ich bin nicht zur Eintragung in ein Berufsregister verpflichtet.
- ☐ Ich bin eingetragen bei: \_\_\_\_\_

Falls mein/unser Teilnahmeantrag/Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir zur Bestätigung meiner/unserer Erklärung die entsprechende Bescheinigung vorlegen.

*Angabe zu Insolvenzverfahren und Liquidation*

- ☐ Ich/Wir erkläre(n), dass ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren weder beantragt noch eröffnet wurde, ein Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse abgelehnt wurde und sich mein/unser Unternehmen nicht in Liquidation befindet.
- ☐ Ein Insolvenzplan wurde rechtskräftig bestätigt, auf Verlangen werde ich/werden wir ihn vorlegen.

*Angabe, dass nachweislich keine schwere Verfehlung begangen wurde, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt*

Ich/Wir erkläre(n), dass

- ☐ für mein/unser Unternehmen keine Ausschlussgründe gemäß § 123 oder § 124 GWB vorliegen
- ☐ ich/wir in den letzten zwei Jahren nicht aufgrund eines Verstoßes gegen Vorschriften, der zu einem Eintrag im Gewerbezentralregister geführt hat, mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden bin/sind
- ☐ für mein/unser Unternehmen ein Ausschlussgrund gemäß § 124 GWB vorliegt.
- ☐ zwar für mein/unser Unternehmen ein Ausschlussgrund gemäß § 123 GWB vorliegt, ich/wir jedoch für mein/unser Unternehmen Maßnahmen zur Selbstreinigung ergriffen habe(n), durch die für mein/unser Unternehmen die Zuverlässigkeit wieder hergestellt wurde

Ab einer Auftragssumme von 30.000 Euro wird der Auftraggeber für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gem. § 150a GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern.

*Angaben zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung*

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir meine/unsere Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt habe/haben.

Falls mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen<sup>2</sup> vorlegen.

*Angabe zur Mitgliedschaft bei der Berufsgenossenschaft*

Ich bin/Wir sind Mitglied der Berufsgenossenschaft.

Mir/Uns ist bekannt, dass die jeweils genannten Bestätigungen/Nachweise zu den Eigenerklärungen auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle innerhalb der gesetzten angemessenen Frist vorgelegt werden müssen und mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag ausgeschlossen wird, wenn die Unterlagen nicht vollständig innerhalb dieser Frist vorgelegt werden.

(Ort, Datum, Unterschrift)<sup>3</sup>

<sup>2</sup> soweit das Finanzamt derartige Bescheinigungen ausstellt

<sup>3</sup> nur erforderlich, wenn diese Eigenerklärung nicht Bestandteil eines unterschriebenen Angebotes ist

**Eignungsleihe §34 UVgO**

Bieter	Vergabenummer	Datum
	V-93-2026-LKH	
Maßnahme		
Leistung Schülerbeförderungsleistungen im freigestellten Schülerverkehr zu Schulen in Helmstedt		

**Ergänzung des Angebotsschreibens****Verzeichnis über Art und Umfang der Leistungen, für die sich der Bieter der Kapazitäten anderer Unternehmen bedienen wird**

Zur Ausführung der im Angebot enthaltenen Leistungen benenne ich Art und Umfang der Teilleistungen, für die ich mich/wir uns anderer Unternehmen bedienen werde(n).

OZ/Leistungsbereich	Beschreibung der Teilleistungen

In Hinsicht auf meine/unsere wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit	
Name des Unternehmens	Angabe zu der von diesem Unternehmen überlassenen Eignung





## **Erklärung zum NTVergG** **(Tariftreue- und Mindestentgelterklärung Bau- und Dienstleistungen)**

### **Anwendung des Niedersächsischen Tariftreue- und Vergabegesetzes – NTVergG**

Die Erklärung wird gefordert und hat Gültigkeit ab einem Auftragswert von 20.000,00 Euro (ohne Umsatzsteuer). Diese Erklärung bezieht sich nur auf Leistungen zur Auftragsausführung, welche innerhalb des Gebietes der Bundesrepublik Deutschland erbracht werden.

#### **Maßnahme:**

---

#### **Angebot für:**

Schülerbeförderungsleistungen im freigestellten Schülerverkehr zu Schulen in Helmstedt

---

#### **zu § 4 Abs. 1 NTVergG (Mindestentgelte)**

Hiermit verpflichte ich mich/verpflichten wir uns, bei der Ausführung der auf der Grundlage dieses Vergabeverfahrens zu erbringenden Bau- oder Dienstleistungen

1. meinen/unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Sinne des § 22 des Mindestlohngesetzes (MiLoG) vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348), in der jeweils geltenden Fassung, mindestens ein Mindestentgelt nach den Vorgaben des MiLoG zu zahlen und
2. meinen/unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die von Regelungen nach § 1 Abs. 3 MiLoG erfasst werden, mindestens ein Mindestentgelt nach den Vorgaben dieser Regelungen zu zahlen. Diese können sich ergeben aus:
  - den Regelungen des Arbeitnehmer – Entsendegesetzes (AEntG)
  - den Regelungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG)
  - den auf der Grundlage des AentG oder AÜG erlassenen Rechtsverordnungen
  - einem auf der Grundlage von § 5 des Tarifvertragsgesetzes (TVG) für allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrag im Sinne von § 4 Abs. 1 Nr. 1 sowie §§ 5 und 6 Abs. 2 des AEntG

#### **zu § 13 NTVergG (Nachunternehmen, Verleihunternehmen)**

Soweit von mir/uns Nach- oder Verleihunternehmen bei der Auftragserfüllung eingesetzt werden, verpflichte ich mich/verpflichten wir uns, auch diesen die Erklärungen nach § 4 Abs. 1 NTVergG und bei Bauleistungen den Nachweis nach § 8 Abs. 2 NTVergG abzuverlangen und dem Auftraggeber vorzulegen. Ich verpflichte mich/wir verpflichten uns vertraglich sicherzustellen, dass das Nach- oder Verleihunternehmen diese Verpflichtungen übernimmt und einhält. Auf die Vorlage

---

von Erklärungen und Nachweisen kann der öffentliche Auftraggeber verzichten, soweit der Anteil am Auftrag, der auf das jeweilige Nach- oder Verleihunternehmen entfällt, weniger als 3.000,- Euro (netto) beträgt.

#### **zu § 14 NTVergG (Kontrollen)**

Hiermit verpflichte ich mich/verpflichten wir uns:

a) dem öffentlichen Auftraggeber Einsicht in Unterlagen, insbesondere in Lohn- und Meldeunterlagen, Bücher und andere Geschäftsunterlagen und Aufzeichnungen ermöglichen, aus denen Umfang, Art, Dauer und tatsächliche Entlohnung der Beschäftigten hervorgehen oder abgeleitet werden, um die Einhaltung der vergaberechtlichen Verpflichtungen nach dem NTVergG zu überprüfen und

b) die in a) aufgeführten Unterlagen über die eingesetzten Beschäftigten vollständig und prüffähig bereitzuhalten und auf Verlangen des Auftraggebers ihm diese vorzulegen. Ich weise meine Beschäftigten und meine Nach- oder Verleihunternehmen auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hin.

#### **zu § 15 NTVergG (Sanktionen)**

Hiermit verpflichte ich mich/verpflichten wir uns, für jeden schuldhaften Verstoß gegen die vorstehenden vertraglichen Verpflichtungen zu § 4 Abs. 1 des NTVergG eine Vertragsstrafe in Höhe von 1 v. H. des Auftragswertes, bei mehreren Verstößen bis zu 10 v. H. des Auftragswertes, an den Auftraggeber zu zahlen. Diese Verpflichtung umfasst auch Verstöße des von mir eingesetzten Nach- oder Verleihunternehmens, soweit ich den Verstoß kannte oder kennen musste.

Ist die verwirkte Vertragsstrafe unverhältnismäßig hoch, so kann sie vom Auftraggeber auf meinen Antrag hin auf einen angemessenen Betrag herabgesetzt werden.

Ich bin damit einverstanden, dass die schuldhafte und nicht nur unerhebliche Nichterfüllung einer sich aus der Erklärung nach § 4 Abs. 1 ergebenden Verpflichtung durch mich oder durch ein durch mich eingesetztes Nach- oder Verleihunternehmen den öffentlichen Auftraggeber zu einer fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt.

Habe ich oder ein von mir eingesetztes Nach- oder Verleihunternehmen mindestens grob fahrlässig oder mehrfach gegen die sich aus der Erklärung nach § 4 Abs. 1 ergebenden Verpflichtungen verstoßen, so bin ich oder das von mir eingesetzte Nach- oder Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von einer öffentlichen Auftragsvergabe auszuschließen.

Der öffentliche Auftraggeber wird die für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 21 MiLoG, nach § 23 AEntG und nach § 16 AÜG zuständigen Stellen über Verstöße der Unternehmen gegen die in § 4 Abs. 1 genannten Mindestentgeltregelungen informieren.

---

Datum, Unterschrift / Firmenstempel \*

\*nur erforderlich, wenn diese Erklärung nicht Bestandteil eines unterschriebenen Angebotes ist

# **Erklärung für Nach- und Verleihunternehmen zum NTVergG (Tariftreue- und Mindestentgelterklärung Bau- und Dienstleistungen)**

**(Vom Nachunternehmer auszufüllen)**

Diese Erklärung bezieht sich nur auf Leistungen zur Auftragsausführung, welche innerhalb des Gebietes der Bundesrepublik Deutschland erbracht werden.

Bei der Weitervergabe von Leistungen an Nach- oder Verleihunternehmen hat der Auftragnehmer die nachstehende Erklärung von den eingesetzten Nach- oder Verleihunternehmen abzuverlangen und dem Auftraggeber vor Auftragserteilung vorzulegen.

## **Maßnahme:**

---

## **Angebot für:**

Schülerbeförderungsleistungen im freigestellten Schülerverkehr zu Schulen in Helmstedt

---

## **zu § 4 Abs. 1 NTVergG (Mindestentgelte)**

Hiermit verpflichte ich mich/verpflichten wir uns, bei der Ausführung der auf der Grundlage dieses Vergabeverfahrens zu erbringenden Bau- oder Dienstleistungen

1. meinen/unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Sinne des § 22 des Mindestlohngesetzes (MiLoG) vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348), in der jeweils geltenden Fassung, mindestens ein Mindestentgelt nach den Vorgaben des MiLoG zu zahlen und
2. meinen/unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die von Regelungen nach § 1 Abs. 3 MiLoG erfasst werden, mindestens ein Mindestentgelt nach den Vorgaben dieser Regelungen zu zahlen. Diese können sich ergeben aus:
  - den Regelungen des Arbeitnehmer – Entsendegesetzes (AEntG)
  - den Regelungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG)
  - den auf der Grundlage des AEntG oder AÜG erlassenen Rechtsverordnungen
  - einem auf der Grundlage von § 5 des Tarifvertragsgesetzes (TVG) für allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrag im Sinne von § 4 Abs. 1 Nr. 1 sowie §§ 5 und 6 Abs. 2 des AEntG

## **zu § 14 NTVergG (Kontrollen)**

Hiermit verpflichte ich mich/verpflichten wir uns:

a) dem öffentlichen Auftraggeber Einsicht in Unterlagen, insbesondere in Lohn- und Meldeunterlagen, Bücher und andere Geschäftsunterlagen und Aufzeichnungen ermöglichen, aus denen Umfang, Art, Dauer und tatsächliche Entlohnung der Beschäftigten hervorgehen oder abgeleitet

werden, um die Einhaltung der vergaberechtlichen Verpflichtungen nach dem NTVergG zu überprüfen und

b) die in a) aufgeführten Unterlagen über die eingesetzten Beschäftigten vollständig und prüffähig bereitzuhalten und auf Verlangen des Auftraggebers ihm diese vorzulegen. Ich weise meine Beschäftigten auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hin.

### **zu § 15 NTVergG (Sanktionen)**

Hiermit verpflichte ich mich/verpflichten wir uns, für jeden schuldhaften Verstoß gegen die vorstehenden vertraglichen Verpflichtungen zu § 4 Abs. 1 des NTVergG eine Vertragsstrafe in Höhe von 1 v. H. des Auftragswertes, bei mehreren Verstößen bis zu 10 v. H. des Auftragswertes, an den Auftraggeber zu zahlen. Ist die verwirkte Vertragsstrafe unverhältnismäßig hoch, so kann sie vom Auftraggeber auf meinen Antrag hin auf einen angemessenen Betrag herabgesetzt werden.

Ich bin damit einverstanden, dass die schuldhafte und nicht nur unerhebliche Nichterfüllung einer sich aus den Erklärungen nach § 4 Abs. 1 NTVergG ergebenden Verpflichtung durch mich den öffentlichen Auftraggeber zu einer fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt.

Der öffentliche Auftraggeber wird die für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 21 MiLoG, nach § 23 AEntG und nach § 16 AUG zuständigen Stellen über Verstöße der Unternehmen gegen die in § 4 Abs. 1 NTVergG genannten Mindestentgeltregelungen informieren.

---

Datum, Unterschrift / Firmenstempel

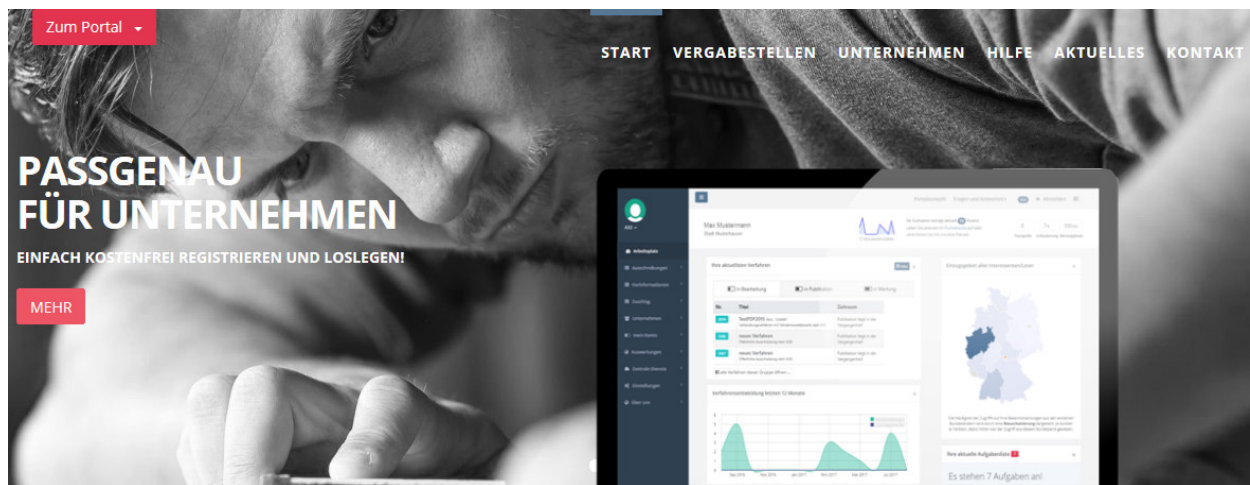


Deutsche  
eVergabe

## Leitfaden eVergabe (Projektbearbeitung durch Bieter)

### I. Anmeldung auf dem Bekanntmachungsportal der Deutschen eVergabe unter

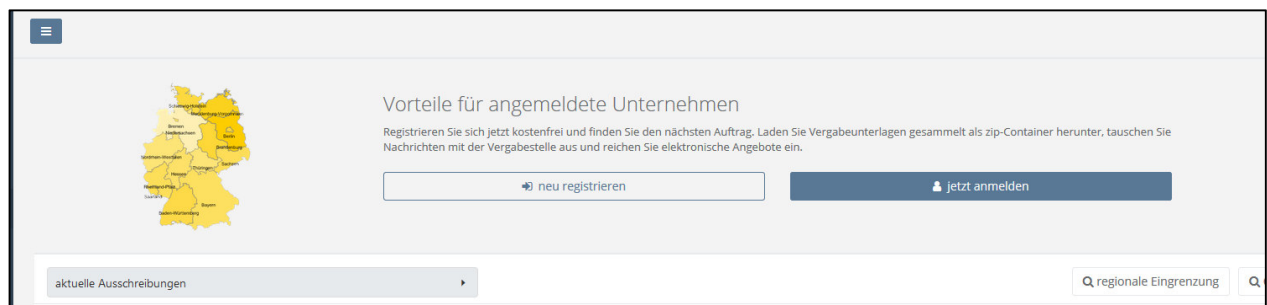
<http://www.deutsche-evergabe.de>



Oben links gelangen Sie zum Portal.

**Hinweis:** Bitte prüfen Sie vor Registrierung Ihres Unternehmens, ob für Ihr Unternehmen bereits ein Account erstellt wurde. Die Anlegung von neuen (mehreren) Accounts muss vermieden werden!

Die Anmeldedaten sind nach Registrierung Ihres Unternehmens bekannt.



## II. Suche von Ausschreibungen

Nach Anmeldung gelangen Sie auf folgende Startseite:

The screenshot shows the homepage of the 'Landkreis Peine - Testbieter' portal. The header includes a user profile icon, the text 'Landkreis Peine - Testbieter', a logo with '12 Monatsaktivitäten', and a button for 'eingeschränkte Funktionen'. A sidebar on the left contains navigation links: 'Mein Profil', 'Arbeitsplatz', 'Verfahren 746', 'meine Projekte', 'mein Profil', and 'Deutsche eVergabe'. The main content area features a message about classifying the company, a 'Herzlich Willkommen' section with a video player for 'Portal 4.0 Angebotsabgabe', and a 'Leitfäden' (Guidelines) section.

Landkreis Peine - Testbieter

Bitte klassifizieren Sie Ihr Unternehmen

Sie haben Ihr Unternehmen noch nicht klassifiziert. Bitte wählen Sie per CPV-Codes min. eine Klassifizierung aus, nur so können Sie von Vergabestellen gefunden und zu Verfahren eingeladen werden.

zur CPV-Klassifizierung

Herzlich Willkommen

Wir begrüßen Sie im neuen Vergabeportal. Nutzen Sie unsere Funktionen, um künftig noch erfolgreicher im öffentlichen Auftragswesen zu agieren.

Portal 4.0 Angebotsabgabe

Erfahren Sie im Video, was das neue Vergabeportal für Sie bereithält.

- Kostenfreie Recherche und Zugang zu den Vergabeunterlagen
- Kommunikation mit der Vergabestelle
- Formulare online ausfüllen
- elektronisches Ausfüllen eines Preisblatts
- die Textform für die Angebotsabgabe nutzen

Weitere Unterstützung bieten Ihnen die nachfolgenden Leitfäden.

Leitfäden

Nutzen Sie die Leitfäden für die ersten Schritte

### Meine Projekte:

This screenshot shows a vertical sidebar menu with a dark blue background. It starts with a user profile icon and the text 'Mein Profil'. Below this are several menu items: 'Arbeitsplatz', 'Verfahren 746', 'meine Projekte' (which is expanded to show sub-items: 'meine Einladungen', 'Angebotsphase', and 'Wertungsphase'), 'mein Profil', and 'Deutsche eVergabe'.

Mein Profil

Arbeitsplatz

Verfahren 746

meine Projekte

- meine Einladungen
- Angebotsphase
- Wertungsphase

mein Profil

Deutsche eVergabe

Sie haben in der linken Leiste mehrere Reiter. Einer davon ist „meine Projekte“.

Dort finden Sie immer zu den Ausschreibungen zu denen Sie eingeladen wurden, oder die Sie bearbeitet haben.

### **Meine Einladungen:**

Unter „meine Einladungen“ werden Ihnen die freihändigen Vergaben und beschränkten Ausschreibungen angezeigt, zu denen die Vergabestelle Ihr Unternehmen eingeladen hat.

### **Angebotsphase:**

Wenn Sie an einem Verfahren teilnehmen, dann finden Sie es bis zum Zeitpunkt des Ablaufs der Angebotsfrist unter „Angebotsphase“

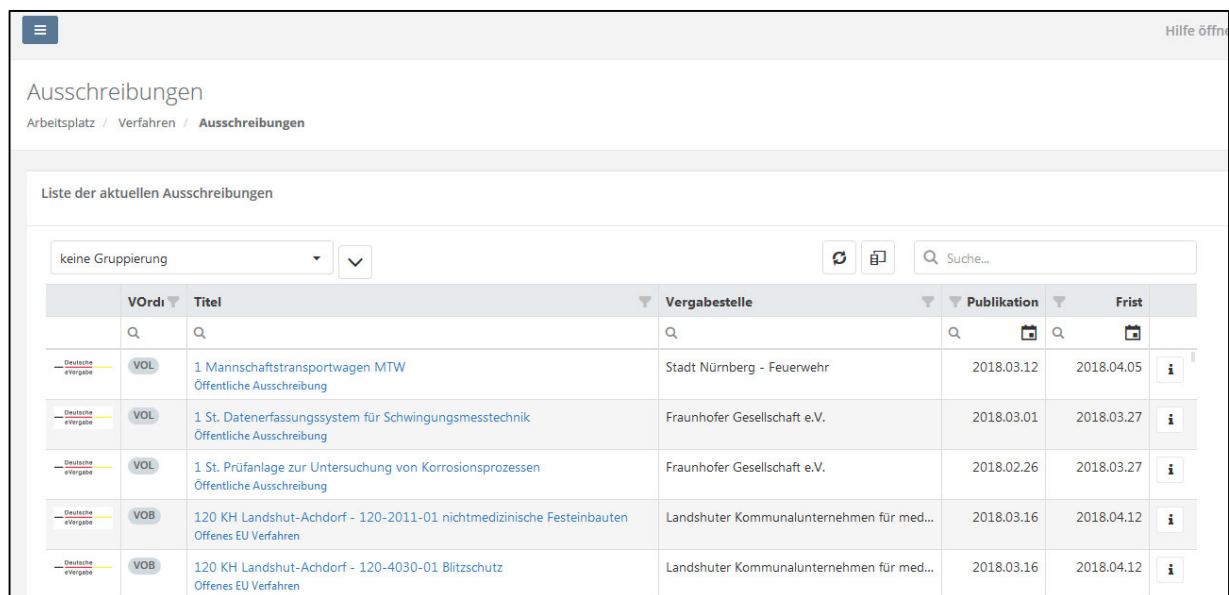
### **Wertungsphase:**

Nach Angebotsöffnung werden die Angebote in die „Wertungsphase“ verschoben.



Zur Recherche von beispielsweise öffentlichen Ausschreibungen gehen Sie auf „**Verfahren**“ -> **Ausschreibungen**:

Sie gelangen anschließend in eine Übersicht aller bundesweiten Ausschreibungen:



Ausschreibungen

Arbeitsplatz / Verfahren / Ausschreibungen

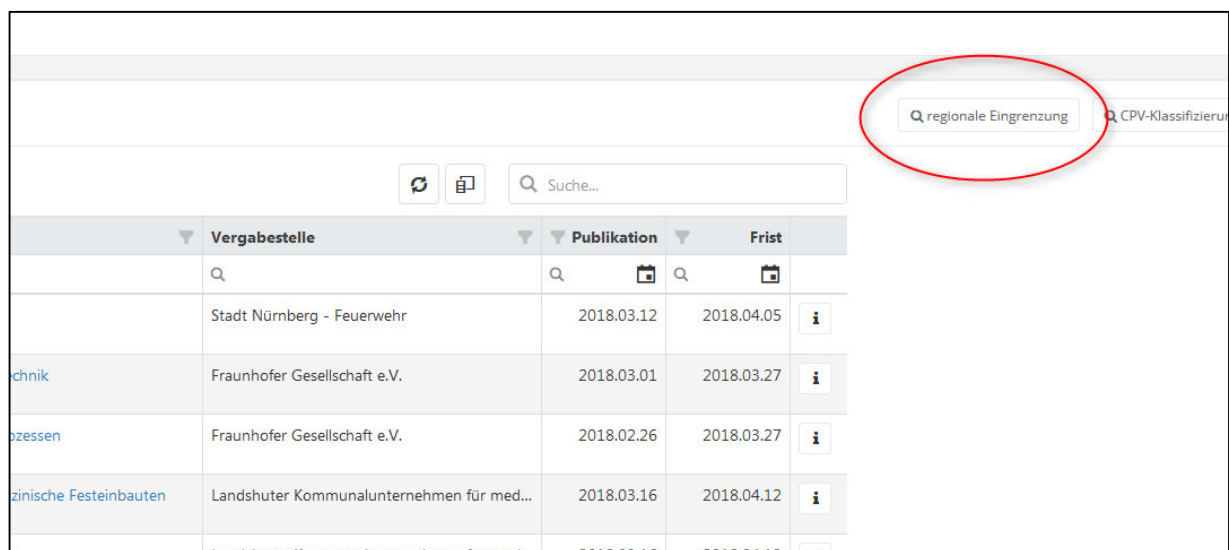
Liste der aktuellen Ausschreibungen

keine Gruppierung

Suche...

VOrd	Titel	Vergabestelle	Publikation	Frist
VOL	1 Mannschaftstransportwagen MTW Öffentliche Ausschreibung	Stadt Nürnberg - Feuerwehr	2018.03.12	2018.04.05
VOL	1 St. Datenerfassungssystem für Schwingungsmesstechnik Öffentliche Ausschreibung	Fraunhofer Gesellschaft e.V.	2018.03.01	2018.03.27
VOL	1 St. Prüfanlage zur Untersuchung von Korrosionsprozessen Öffentliche Ausschreibung	Fraunhofer Gesellschaft e.V.	2018.02.26	2018.03.27
VOB	120 KH Landshut-Achdorf - 120-2011-01 nichtmedizinische Festeinbauten Offenes EU Verfahren	Landshuter Kommunalunternehmen für med...	2018.03.16	2018.04.12
VOB	120 KH Landshut-Achdorf - 120-4030-01 Blitzschutz Offenes EU Verfahren	Landshuter Kommunalunternehmen für med...	2018.03.16	2018.04.12

Dort können die Ausschreibungen sortiert und gesichtet werden.



regionale Eingrenzung

CPV-Klassifizierung

Suche...

Vergabestelle	Publikation	Frist
Stadt Nürnberg - Feuerwehr	2018.03.12	2018.04.05
Fraunhofer Gesellschaft e.V.	2018.03.01	2018.03.27
Fraunhofer Gesellschaft e.V.	2018.02.26	2018.03.27
Landshuter Kommunalunternehmen für med...	2018.03.16	2018.04.12

Sie können die Suche u.a. regional eingrenzen. Oder sie suchen nur nach der für Sie interessanten CPV-Klassifizierung.

Zum Öffnen einer für Sie interessanten Ausschreibung klicken Sie auf das Info-Symbol. Dort finden Sie auch weitere Informationen. Zum Beispiel den Bekanntmachungstext.



### III. Teilnahme an einer Ausschreibung

## Schulungszentrum des Landkreises Peine - Leichtmetallarbeiten

Landkreis Peine

Öffentliche Ausschreibung nach VOB

Zusammenfassung

Bekanntmachung

Dokumente

### Termine

Datum der Publikation	21.02.2018 14:51 Uhr
Angebotsfrist	21.03.2018 11:00 Uhr

### CPV-Klassifizierung

44221000-5 Fenster, Türen und zugehörige Artikel

44221100-6 Fenster

44221110-9 Fensterrahmen

44221120-2 Fenstertüren

45421100-5 Einbau von Türen und Fenstern sowie Zubehör

45421110-8 Einbau von Tür- und Fensterrahmen

45421112-2 Einbau von Fensterrahmen

45421130-4 Einbau von Türen und Fenstern

45421132-8 Einbau von Fenstern

### sonstige Angaben

Aktenzeichen

elektronische Angebote erlaubt

Nein

schließen

am Verfahren teilnehmen

Wenn Sie nun am Verfahren teilnehmen wollen, klicken Sie bitte auf “am Verfahren teilnehmen”. Sie werden nun weitergeleitet.



Klicken Sie auf „Weiterleitung zum Angebotsassistenten“.

r Verfügung gestellt!

#### Zum Angebotsassistenten

Über die folgende Schaltfläche verlassen Sie das Portal und öffnen das Verfahren im Angebotsassistenten. Da Sie der Angebotsassistent bei der Erstellung und elektronischen Einreichung Ihres Angebots. Bitte achten Sie Pop-up-Einstellungen.

Weiterleitung zum Assistenten

Nun kommen Sie in den Angebotsassistenten. Hier können Sie Ihr Angebot elektronisch bearbeiten und abgeben.

Home Zurück Vor Vergabeunterlagen Nachrichten bestellen

Angebot für Ilsede 27/2017 - Abwasserdruckrohrleitung in der Meeschestraße in Gadenstedt - 1. BA

**Assistent**  
Angebotsfrist 17.11.2017  
Status Angebot unbearbeitet

**1 Übersicht**

Willkommen im Bieterassistenten, Arno Kruse.  
Hier können Sie Ihr Angebot elektronisch erstellen und beim Auftrag  
Der Bieterassistent unterstützt Sie schrittweise bei der Erstellung und  
Bitte beachten Sie, dass die Erstellung der Angebotsstruktur einen kl  
**Wichtiger Hinweis:** Falls Sie die Ausschreibungsunterlagen vorab ei

Angebot bearbeiten

Über das Feld „Angebot bearbeiten“ öffnet sich der Angebotsassistent (links Baumstruktur, rechts jeweilige Anzeige) und das Vergabeverfahren kann Schritt für Schritt elektronisch bearbeitet werden.

**Achtung: Ohne diesen Schritt können Sie nicht mit der Vergabestelle kommunizieren und werden nicht über Änderungen im Verfahren informiert!!!**

Vorteil der elektronischen Bearbeitung ist es, dass Sie durch den Angebotsassistenten geführt werden und Sie damit keine Unterlagen, Anlagen, Formulare „vergessen“ können. Der Angebotsassistent unterstützt somit die vollständige und rechtssichere Abgabe von Angeboten.

Angebot für Ilsede 27/2017 - Abwasserdruckrohrleitung in der Meeschestraße in Gadenstedt - 1. BA

**Assistent**  
Angebotsfrist 17.11.2017  
Status Angebot in Bearbeitung

Netto Summe: EUR  
Nachlass: EUR  
nach Nachlass: EUR  
USt: EUR  
Brutto Summe: EUR

Kommunikation mit der Vergabestelle

**1 Übersicht**

2 Vertragsbedingungen/Formulare

3 Anlagen

4 Produkte/Leistungen

5 Nachlass

6 Eigene Anlagen

7 Angebot einreichen

Sie finden hier allgemeine Verfahrensinformationen des Auftraggebers.

**INFORMATIONEN ZUR AUSSCHREIBUNG**

Es ist beabsichtigt, die in anliegender Leistungsbeschreibung bezeichneten Leistungen im Namen un

**INFORMATIONEN**

**ALLGEMEIN**

Unter den einzelnen Punkten der Baumstruktur finden Sie folgende Angaben/ Unterlagen:

### Kommunikation mit der Vergabestelle:

Hier können Sie Fragen zum Verfahren stellen. Diese werden auch ausschließlich an dieser Stelle beantwortet.

The screenshot shows the 'Kommunikation mit der Vergabestelle' (Communication with the tendering authority) section. On the left, a sidebar lists navigation options: 1 Übersicht, 2 Vertragsbedingungen/Formulare, 3 Anlagen, 4 Produkte/Leistungen, 5 Nachlass, and 6 Eigene Anlagen. The main area displays a 'Posteingang' (Inbox) with a search bar and a message status 'Keine Nachrichten vorhanden' (No messages available). Above the inbox, there are buttons for 'Posteingang', 'Öffentlich', 'Gesendet', and 'Entwurf'. A top navigation bar includes 'Home', 'Zurück', and 'Vor' buttons.

### Übersicht:

Allgemeine Informationen zum Verfahren

### Vertragsbedingungen/Formulare:

Die für die Ausschreibung erforderlichen Formulare sind hier hinterlegt und auch bearbeitbar (Blau = Lesen, Rot = Bearbeitung):

The screenshot shows the 'Vertragsbedingungen/Formulare' (Contract conditions/Forms) section. On the left, a sidebar lists navigation options: 1 Übersicht, 2 Vertragsbedingungen/Formulare, 3 Anlagen, 4 Produkte/Leistungen, 5 Nachlass, 6 Eigene Anlagen, and 7 Angebot einreichen. The main area displays a list of contract conditions and forms, each with a blue icon (read) or a red icon (edit). The list includes: 1 211\_Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes, 2 212\_Teilnahmebedingungen, 3 213\_Angebots schreiben\_ohne\_Lose, 4 214-Besondere Vertragsbedingungen, 5 215\_Zusätzliche\_Vertragsbedingungen, 6 10.1 Weitere Besondere Vertragsbedingungen, 7 124\_Eigenerklärung, 8 221\_Preisermittlung\_bei\_Zuschlagskalkulation, 9 222\_Preisermittlung\_bei\_Kalkulation\_ueber\_die\_Endsumme, 10 223 - Aufgliederung der Einheitspreise, 11 234\_Erklärung\_Bieter\_-Arbeitsgemeinschaft, 12 Nachunternehmer - Erklärung zu §§ 13 - 15 NTVergG, 13 Tariftreue - Erklärung zu § 4 NTVergG, 14 421\_Vertragserfüllungs- und Mängelansprüchebürgschaft, 15 Checkliste zur Angebotsabgabe, and 16 Angebotsaufkleber-Ausschreibung (lkp). A top navigation bar includes 'Home', 'Zurück', 'Vor', 'Speichern', and 'Aktualisieren' buttons.

Die jeweiligen Formulare öffnen sich durch Anklicken. Die rot-gekennzeichneten Formulare, wie beispielsweise das Angebotsschreiben (Formblatt 213), oder die Preisermittlungen bei Zuschlagskalkulation (Formblätter 221/222) können direkt online ausgefüllt werden. Bitte

speichern Sie die Formulare über den roten Button im Formular (oben rechts). Beachten Sie bitte, dass diese Formblätter keine Unterschrift von Ihnen fordern. Diese ist mit der Unterschrift unter dem Angebot schon abgedeckt.

Sofern die Formulare nicht direkt bearbeitet werden und Sie zum nächsten Arbeitsschritt gehen, erfolgt eine Sicherheitsabfrage!

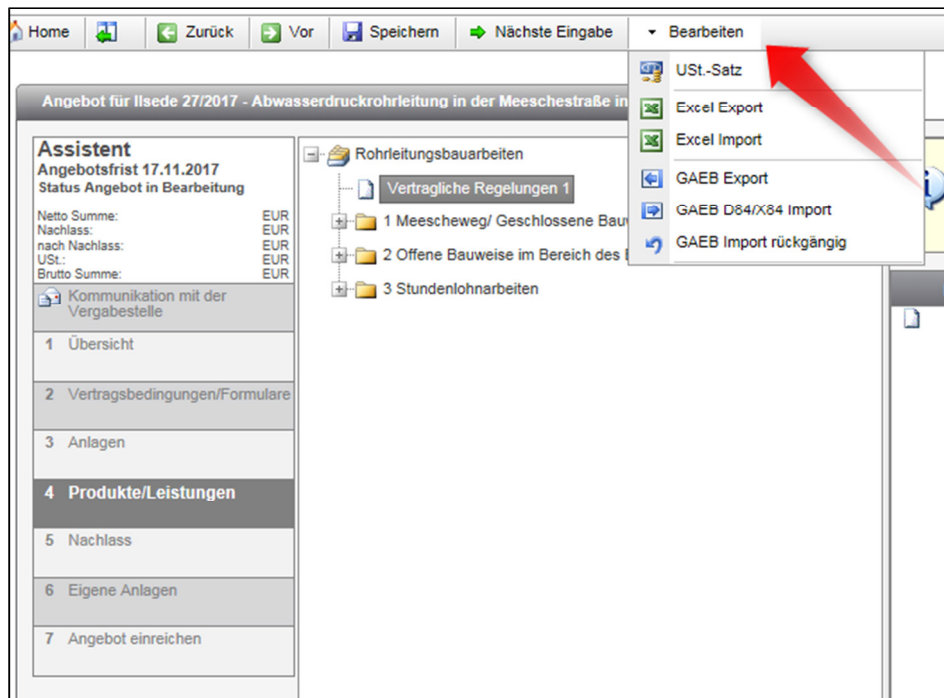
### Anlagen:

Hierunter sind sämtliche Unterlagen wie z.B. Grundrisszeichnungen, Übersichtskarten etc. hinterlegt, die für die Erstellung des Angebotes maßgeblich sind. Für die Kenntnisnahme ist ein Haken zu setzen und auch hier erfolgt eine Sicherheitsabfrage bei Nichtbearbeitung!

Name	Dokumente	Zuletzt geöffnet	Kenntnis
3255-Anlage 1_Übersichtskarte			<input checked="" type="checkbox"/>
3255-Anlage 2_Lageplan_BI 1			<input checked="" type="checkbox"/>
3255-Anlage 2_Lageplan_BI 2			<input checked="" type="checkbox"/>
Beugungsgutachten_geo-log (geschl. Bauweise)			<input checked="" type="checkbox"/>
3255-Anlage 3_Längsschnitt			<input type="checkbox"/>

### Produkte/Leistungen:

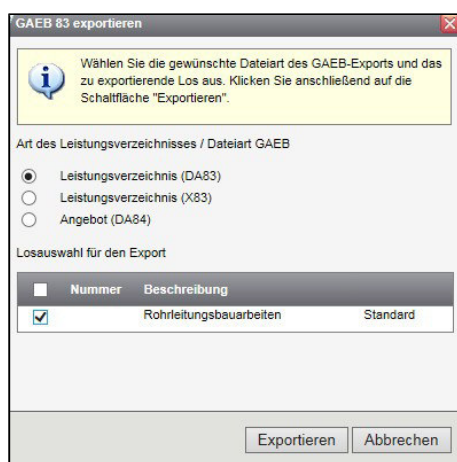
Unter diesem Punkt ist das Leistungsverzeichnis hinterlegt und kann online bearbeitet werden und/ oder als Excel-Datei oder Gaeb-Datei heruntergeladen (über Button „Bearbeiten“ in der oberen Zeile) werden.



Herunterladen als GAEB-Datei:



Es öffnet sich nun ein kleines Fenster:



Über „Exportieren“ können Sie die GAEB-Datei nun abspeichern. Es öffnet sich nun eine Seite mit folgendem Inhalt:

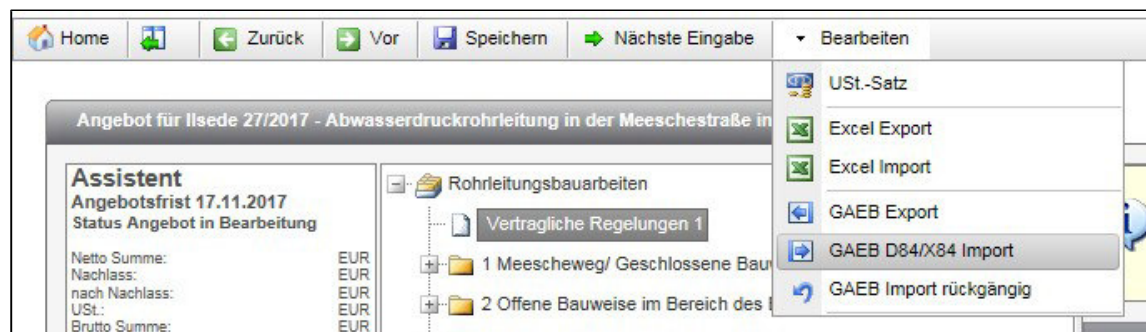




Unten auf der Seite bekommen Sie dann folgende Anzeige.



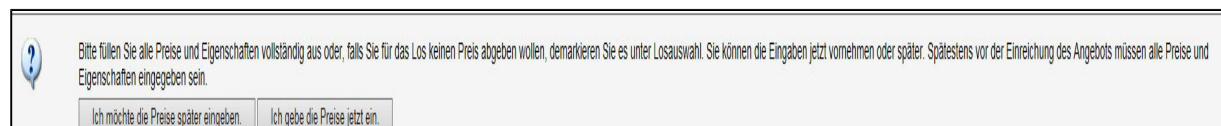
Über „Speichern unter“ speichern Sie die GAEB-Datei dann in einem Verzeichnis auf Ihrem PC ab. Von dort aus können Sie die Datei bearbeiten und wieder in den Angebotsassistenten hochladen.



Auch möglich ist die Bearbeitung über Excel. Dort bekommen Sie eine Excel-Datei in der Sie alle Preise und alle erforderlichen Fabrikats- bzw. Bieterangaben machen können. Die heruntergeladenen Leistungsverzeichnisse können ausgefüllt, gespeichert und entsprechend wieder hochgeladen werden. Es wird automatisch der Angebotspreis berechnet.

<b>Assistent</b>	
Angebotsfrist 15.11.2017	
Status Angebot in Bearbeitung	
Netto Summe:	175.619,00 EUR
Nachlass:	0,00 EUR
nach Nachlass:	175.619,00 EUR
USt.:	33.367,61 EUR
Brutto Summe:	208.986,61 EUR

Sollten Sie einen Preis oder eine Bieterangabe vergessen haben, dann wird wieder die Sicherheitsabfrage eingeblendet.



### Nachlass:

Falls ein Nachlass (nur in %) gewährt werden soll, kann dieser unter Nachlass eingegeben werden. Der Nachlass wird entsprechend im Angebotspreis berücksichtigt. Der Nachlass wird von der Netto-Angebotssumme abgezogen.

### Eigene Anlagen:

An dieser Stelle können eigene Unterlagen (z.B. PQ-Nachweise, Datenblätter, Prospektmaterial o.ä. hochgeladen werden und sind damit automatisch dem Angebot beigelegt.

### Angebot einreichen:

Wenn Sie alle Arbeitsschritte abgearbeitet haben, folgt nun der Schritt „Angebot einreichen“.

Über den Button „Angebot einreichen“ kommen Sie zur Angebotsabgabe.

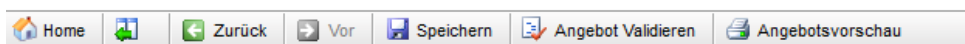
Bei Unvollständigkeit sieht diese wie folgt aus.



**Ihr Angebot ist unvollständig!**

Bitte öffnen Sie alle Anlagen und bestätigen Sie diese in der Spalte "Kenntnisnahme".  
Es sind noch nicht alle Formulare ausgefüllt.

Sofern Ihr Angebot vollständig ist, können Sie es hier in der vorgegebenen Form signieren. In der Regel wird die Signatur in Textform verlangt. Hier reicht es Ihren Namen und den Firmennamen in das Textfeld einzugeben. Anschließend klicken Sie auf "Angebot einreichen"



Angebot für 19-04-2021/017 - Beschaffung von 43 interaktiven Display-Tafel-Systemen

**Assistent**  
Angebotsfrist 06.07.2021  
Status Angebot in Bearbeitung

Netto Summe:	149.700,00 EUR
Nachlass:	0,00 EUR
nach Nachlass:	149.700,00 EUR
USt.:	28.443,00 EUR
Brutto Summe:	178.143,00 EUR

Nachrichten

1 Übersicht

2 Vertragsbedingungen/Formulare

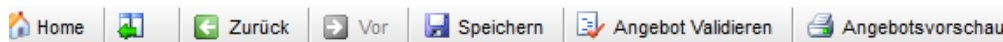
3 Losauswahl

**ACHTUNG: Die Angebotsfrist läuft am 06.07.2021 08:00 Uhr ab!**

Vor- und Nachname der/des Erklärenden in Textform gem. §126b BGB:

Timo Noske - Firma ABC

Angebot einreichen



**Hiermit reichen Sie Ihr Angebot ein:**

Ja, Angebot einreichen

Nein, Angebot noch nicht einreichen

Angebot für 25-115/2017 - Lieferung Kommunaltraktor mit Anbaugeräten (2017/18)

**Assistent**  
Angebotsfrist 15.11.2017  
Status Angebot abgegeben

Netto Summe:	176.296,00 EUR
Nachlass:	0,00 EUR
nach Nachlass:	176.296,00 EUR
USt.:	33.496,24 EUR
Brutto Summe:	209.792,24 EUR

Kommunikation mit der Vergabestelle

1 Übersicht

2 Vertragsbedingungen/Formulare

3 Anlagen

**Sie haben rechtsgültig unterschrieben.**

Die Bearbeitung dieses Angebots ist damit abgeschlossen.

Sie haben Ihr Angebot signiert per Textform nach §126b BGB.  
In den beiliegenden Dateien finden Sie Ihr eingereichtes, elektronisches Angebot sowie das signierte Deckblatt.

Angebot

Angebotsschreiben  
(signiert)

Bis zur Angebotsöffnung kann das Angebot jederzeit wieder zurückgenommen und neu bearbeitet werden.

Home Zurück Vor Speichern **Angebot zurückziehen**

**Angebot für 25-115/2017 - Lieferung Kommunaltraktor mit Anbaugeräten (2017/18)**

**Assistent**  
**Angebotsfrist 15.11.2017**  
**Status Angebot abgegeben**

Netto Summe: 176.296,00 EUR  
 Nachlass: 0,00 EUR  
 nach Nachlass: 176.296,00 EUR  
 USt.: 33.496,24 EUR  
 Brutto Summe: 209.792,24 EUR

Kommunikation mit der Vergabestelle

1 Übersicht

2 Vertragsbedingungen/Formulare


3 Anlagen

**Sie haben rechtsgültig un**

Die Bearbeitung dieses Angebots ist damit abgeschlossen.


Sie haben Ihr Angebot signiert per Textform nach §126b B  
 In den beiliegenden Dateien finden Sie Ihr eingereichtes, el

**PDF**



**Angebot**

**PDF**



**Angebotsschreiben  
(signiert)**

### Ansprechpartner bei technischen Problemen

Support der Deutschen eVergabe Tel.: 0611/ 949 106-83  
 oder E-Mail: [kundendienst@deutsche-evergabe.de](mailto:kundendienst@deutsche-evergabe.de)



## Eigenerklärung

(von allen Bewerbern / Bieter / allen Mitgliedern von Bewerber- bzw. Bietergemeinschaften)

**Bieter:**

**Bezeichnung des Vergabeverfahrens / Auftrags:**

Schülerbeförderungsleistungen im freigestellten Schülerverkehr zu Schulen in Helmstedt

**Geschäftszeichen des Auftraggebers:**

V-93-2026-LKH

**Die nachfolgende Erklärung gebe/n ich/wir verbindlich ab (ggf. zugleich in Vertretung für die lt. Teilnahmeantrag / Angebot Vertretenen auch für diese):**

1. Der / die **Bewerber / Bieter** gehört / gehören nicht zu den

in **Artikel 5 k)** Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren,

genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,

- a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,
- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,
- c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft.

2. Die am Auftrag als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, gehören ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift.

3. Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

(Ort, Datum, Unterschrift)<sup>1</sup>

<sup>1</sup> nur erforderlich, wenn diese Eigenerklärung nicht Bestandteil eines unterschriebenen Angebotes ist

**Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 lautet wie folgt:**

(1) Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter die Artikel 7 und 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:

- a) russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,
- b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder
- c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln,

auch solche, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.

(2) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für

- a) den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und die Weiterführung der Planung, des Baus und die Abnahmetests für die Indienststellung ziviler Atomanlagen und ihre Sicherheit sowie die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen, kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,
- b) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,
- c) die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,
- d) die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen.
- e) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölerzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union, oder
- f) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Kohle und anderen festen fossilen Brennstoffen, die in Anhang XXII aufgeführt sind, bis 10. August 2022.

(3) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.

(4) Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung – bis zum 10. Oktober 2022 – von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.

# LEISTUNGSVERZEICHNIS

Ausschreibung

28.05.2026

Verfahren: V-93-2026-LKH - Schülerbeförderungsleistungen im freigestellten Schülerverkehr zu Schulen in Helmstedt

## SKONTO

Skonto zugelassen	Nein
Zahlungsziel (falls zugelassen)	Tag(e)
Skonto	_____ %

## AUFLISTUNG ALLER POSITIONEN

ALLE PREISE SIND OHNE UMSATZSTEUER ANZUGEBEN

<b>1</b>	<b>LOS Los 1: Schülerbeförderungsleistungen zur Wichernschule Helmstedt - Förderschule mit den Schwerpunkten Lernen und Sprache und Hauptschulzweig- und Grundschule Lessingstraße Helmstedt(Schuljahr 2026/27)</b>	<b>EUR .....</b>
----------	---	------------------

Leistungsart: Dienstleistung  
Zuschlagskriterium: Niedrigster Preis  
Klassifizierung: Straßentransport/-beförderung (60100000-9)  
Personenonderbeförderung (Straße) (60130000-8)

Ausgeschrieben wird die Beförderung von Schülerinnen und Schulen aus dem Gebiet der Samtgemeinde Heeseberg, der Stadt Schöningen und der Stadt Helmstedt (Gebiet der ehem. Gemeinde Büddenstedt) zur Wichernschule, Langer Steinweg 6, Helmstedt und zur Grundschule Lessingstraße, Lessingstraße 36a, Helmstedt und zurück

<b>1.1 Los 1: Schülerbeförderungsleistungen zur Wichernschule Helmstedt - Förderschule mit den Schwerpunkten Lernen und Sprache und Hauptschulzweig- und Grundschule Lessingstraße Helmstedt (Schuljahr 2026/27)</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	7%	1,00	---	..... pro 1,00 ---	.....

Artikelnummer: Los 1

Ausgeschrieben wird die Beförderung von Schülerinnen und Schulen aus dem Gebiet der Samtgemeinde Heeseberg, der Stadt Schöningen und der Stadt Helmstedt (Gebiet der ehem. Gemeinde Büddenstedt) zur Wichernschule, Langer Steinweg 6, Helmstedt und zur Grundschule Lessingstraße, Lessingstraße 36a, Helmstedt und zurück

Das Angebot ist auf dem Losblatt abzugeben.

Die Gesamtangebotssumme (netto) aus dem Losblatt ist in das System zu übertragen.

<b>2</b>	<b>LOS Los 2: Schülerbeförderungsleistungen zur Wichernschule Helmstedt - Förderschule mit den Schwerpunkten Lernen und Sprache und Hauptschulzweig- Helmstedt (Schuljahr 2026/27)</b>	<b>EUR .....</b>
----------	--	------------------

Leistungsart: Dienstleistung  
 Zuschlagskriterium: Niedrigster Preis  
 Klassifizierung: Straßentransport/-beförderung (60100000-9)  
 Personensonderbeförderung (Straße) (60130000-8)

Ausgeschrieben wird die Beförderung von Schülerinnen und Schülern aus dem Gebiet der Gemeinde Lehre zur Wichernschule, Langer Steinweg 6, Helmstedt und zurück.

2.1 Los 2: Schülerbeförderungsleistungen zur Wichernschule Helmstedt - Förderschule mit den Schwerpunkten Lernen und Sprache und Hauptschulzweig- Helmstedt (Schuljahr 2026/27)				Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	USt. [%]	Menge	Einheit	..... pro 1,00 ---	.....
	7%	1,00	---		

Artikelnummer: Los 2

Ausgeschrieben wird die Beförderung von Schülerinnen und Schülern aus dem Gebiet der Gemeinde Lehre zur Wichernschule, Langer Steinweg 6, Helmstedt und zurück.

Das Angebot ist auf dem Losblatt abzugeben.  
 Die Gesamtangebotssumme (netto) aus dem Losblatt ist in das System zu übertragen.

<b>3</b>	<b>LOS Los 3: Schülerbeförderungsleistungen zur Wichernschule Helmstedt - Förderschule mit den Schwerpunkten Lernen und Sprache und Hauptschulzweig- Helmstedt (Schuljahr 2026/27)</b>	<b>EUR .....</b>
----------	--	------------------

Leistungsart: Dienstleistung  
 Zuschlagskriterium: Niedrigster Preis  
 Klassifizierung:

Straßentransport/-beförderung (60100000-9)  
 Personensonderbeförderung (Straße) (60130000-8)

Ausgeschrieben wird die Beförderung von Schülerinnen und Schülern aus dem Gebiet der Samtgemeinde Nord-Elm, der Stadt Königslutter und dem Stadtgebiet Helmstedt zur Wichernschule, Langer Steinweg 6, Helmstedt und zurück.

3.1	Los 3: Schülerbeförderungsleistungen zur Wichernschule Helmstedt - Förderschule mit den Schwerpunkten Lernen und Sprache und Hauptschulzweig- Helmstedt (Schuljahr 2026/27)	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
					..... pro 1,00 ---	.....
		7%	1,00	---		

Artikelnummer: Los 3

Ausgeschrieben wird die Beförderung von Schülerinnen und Schülern aus dem Gebiet der Samtgemeinde Nord-Elm, der Stadt Königslutter und dem Stadtgebiet Helmstedt zur Wichernschule, Langer Steinweg 6, Helmstedt und zurück.

Das Angebot ist auf dem Losblatt abzugeben.  
 Die Gesamtangebotssumme (netto) aus dem Losblatt ist in das System zu übertragen.

4	LOS Los 4: Schülerbeförderungsleistungen zur Wichernschule Helmstedt - Förderschule mit den Schwerpunkten Lernen und Sprache und Hauptschulzweig- und zum Gymnasium Julianum Helmstedt (Schuljahr 2026/27)	EUR .....
---	--	-----------

Leistungsart: Dienstleistung  
 Zuschlagskriterium: Niedrigster Preis  
 Klassifizierung: Straßentransport/-beförderung (60100000-9)  
 Personensonderbeförderung (Straße) (60130000-8)

Ausgeschrieben wird die Beförderung von Schülerinnen und Schülern aus dem Gebiet der Samtgemeinde Velpke, der Samtgemeinde Grasleben und der Stadt Helmstedt OT Emmerstedt u. Barmke zur Wichernschule, Langer Steinweg 6, Helmstedt und zum Gymnasium Julianum, Goethestraße 1a, Helmstedt und zurück.

4.1	Los 4: Schülerbeförderungsleistungen zur Wichernschule Helmstedt - Förderschule mit den Schwerpunkten Lernen und Sprache und Hauptschulzweig- und zum Gymnasium Julianum Helmstedt (Schuljahr 2026/27)	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
					..... pro 1,00 ---	.....
		7%	1,00	---		

Artikelnummer: Los 4

Ausgeschrieben wird die Beförderung von Schülerinnen und Schülern aus dem Gebiet der Samtgemeinde Velpke, der Samtgemeinde Grasleben und der Stadt Helmstedt OT Emmerstedt u. Barmke zur Wichernschule, Langer Steinweg 6, Helmstedt und zum Gymnasium Julianum, Goethestraße 1a, Helmstedt und zurück.

Das Angebot ist auf dem Losblatt abzugeben.  
Die Gesamtangebotssumme (netto) aus dem Losblatt ist in das System zu übertragen.

---

#### ANGEBOTSSUMME(N)

Summe exkl. Nachlass (netto)	_____
Nachlass (netto)	_____
Summe inkl. Nachlass (netto)	_____
Umsatzsteuer	_____
<b>Summe (brutto)</b>	_____

## Ausschreibung

Verfahren: V-93-2026-LKH - Schülerbeförderungsleistungen im freigestellten Schülerverkehr zu Schulen in Helmstedt

---

### AUFLISTUNG ALLER DATEIANLAGEN ZU DEN POSITIONEN

Name	Dateiname	Größe	MIME-Type
------	-----------	-------	-----------

## Ausschreibung

Verfahren: V-93-2026-LKH - Schülerbeförderungsleistungen im freigestellten Schülerverkehr zu Schulen in Helmstedt

---

### EIGNUNGSKRITERIEN

- 1 Los 1 - "Los 1: Schülerbeförderungsleistungen zur Wichernschule Helmstedt - Förderschule mit den Schwerpunkten Lernen und Sprache und Hauptschulzweig- und Grundschule Lessingstraße Helmstedt (Schuljahr 2026/27)"
- 2 Los 2 - "Los 2: Schülerbeförderungsleistungen zur Wichernschule Helmstedt - Förderschule mit den Schwerpunkten Lernen und Sprache und Hauptschulzweig- Helmstedt (Schuljahr 2026/27)"
- 3 Los 3 - "Los 3: Schülerbeförderungsleistungen zur Wichernschule Helmstedt - Förderschule mit den Schwerpunkten Lernen und Sprache und Hauptschulzweig- Helmstedt (Schuljahr 2026/27)"
- 4 Los 4 - "Los 4: Schülerbeförderungsleistungen zur Wichernschule Helmstedt - Förderschule mit den Schwerpunkten Lernen und Sprache und Hauptschulzweig- und zum Gymnasium Julianum Helmstedt (Schuljahr 2026/27)"

#### 5 Ausschluss

Bearbeitung ausschließlich durch Vergabestelle

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Ja (0)
- ☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar



Verfahren: V-93-2026-LKH - Schülerbeförderungsleistungen im freigestellten Schülerverkehr zu Schulen in Helmstedt

---

## LEISTUNGSKRITERIEN

- 1 Los 1 - "Los 1: Schülerbeförderungsleistungen zur Wichernschule Helmstedt - Förderschule mit den Schwerpunkten Lernen und Sprache und Hauptschulzweig- und Grundschule Lessingstraße Helmstedt (Schuljahr 2026/27)"
- 2 Los 2 - "Los 2: Schülerbeförderungsleistungen zur Wichernschule Helmstedt - Förderschule mit den Schwerpunkten Lernen und Sprache und Hauptschulzweig- Helmstedt (Schuljahr 2026/27)"
- 3 Los 3 - "Los 3: Schülerbeförderungsleistungen zur Wichernschule Helmstedt - Förderschule mit den Schwerpunkten Lernen und Sprache und Hauptschulzweig- Helmstedt (Schuljahr 2026/27)"
- 4 Los 4 - "Los 4: Schülerbeförderungsleistungen zur Wichernschule Helmstedt - Förderschule mit den Schwerpunkten Lernen und Sprache und Hauptschulzweig- und zum Gymnasium Julianum Helmstedt (Schuljahr 2026/27)"

Typ	Dateiname	Größe	MIME-Type
Dateianlage	Los 4_SG Velpke_Grasleben.pdf	107,00 KB	pdf
Dateianlage	Los 3_Nord-Elm_HE_KGL.pdf	91,63 KB	pdf
Dateianlage	Los 2_Lehre.pdf	122,97 KB	pdf
Dateianlage	Los 1_Schöningen_Büddenstedt. pdf	110,72 KB	pdf